

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 450 Mark. Einzelne Nummern 20 Mark.
Bemüher: Reichspoststelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachpostamt Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teil 75 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 150 M.,
unter Eingeschalt 180 M. Vermögen auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Symbol-Beilage, Belehnungsbücher der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch
der Landes-Bundesversicherungsanstalt, Verkaufsbücher von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Zollner in Dresden.

Nr. 299

Sonnabend, 23. Dezember

1922

Konferenzen zwischen Hughes und Barnes.

Die Anregungen der amerikanischen Handelskammer.

New York, 23. Dezember.

Wie der "New York Times" aus Washington gemeldet wird, war es die Handelskammer der Vereinigten Staaten und nicht, wie eine Londoner Zeitung mitteilte, eine deutsche Handelskammer, die mit dem Plan herauftauchte, daß ein Komitee amerikanischer Geschäftsmänner bei der Abfassung der Reparationsfrage mitwirken sollte. Es heißt, daß der Handelskammerpräsident Barnes in den letzten zehn Tagen mit Hughes konferierte, und Barnes sei es gewesen, der Hughes jenen Plan vorgelegt habe.

Keine Besetzung des Ruhrgebietes im Januar.

Paris, 23. Dezember.

Nach einer hier vorliegenden New Yorker Meldung hat die französische Regierung das amerikanische Staatsdepartement davon verständigt, Frankreich bereite kleinere Pläne vor, die auf eine Besetzung des Ruhr im Januar abzielen, Frankreich werde auch keine praktischen Vorschläge in der Reparationsfrage ausarbeiten, solange die Verhandlungen der alliierten Ministerpräsidenten nicht abgeschlossen seien.

Die deutschen Sanktionierungen vor der Reparationskommission.

Paris, 23. Dezember.

Die Reparationskommission hat gestern über die deutschen Zahlleistungen für das Jahr 1922 beraten, um schließlich, inwiefern Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist. Bekanntlich hatte Deutschland für dieses Jahr zu Ende gehende Jahr Zahlleistungen im Werte von 1450 Mill. Goldmark zu liefern. Ob und welche Beschlüsse in dieser Sitzung gefaßt worden sind, wird nicht bekanntgegeben. Es verlautet nur soviel, daß die Reparationskommission festgestellt, daß jeder Staat, der nicht in vollem Umfang bestreitet worden sei, das Recht habe, die nicht ausgeführten Lieferungen bis zum 31. Dezember d. J. nachzufordern.

Die englisch-französischen Verhandlungen.

Paris, 22. Dezember.

Die Meldungen über die englisch-französischen Verhandlungen sind widersprüchvoll. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß man sich zwar vor der Pariser Konferenz auf seiner Seite auf eine bestimmte These festlegen will, den gesetzlichen Standpunkt aber doch soweit in Einzug zu bringen sucht, daß erfolgreiche Arbeiten von der Konferenz erwartet werden können. Der französische Botschafter in London hat in Abwesenheit Turzons mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt lange über alle zur Verhandlung kommenden Fragen konferiert und wird nach Rückkehr Bonar Law aus Glasgow vom englischen Premierminister empfangen.

Bestellung der deutschen Vorschläge erst nach Weihnachten.

Berlin, 23. Dezember.

Bei der gestrigen Bezeichnung der Reichsregierung mit den Parteisehren wurden die Vertreter der Demokratie, des Zentrum und der Deutschen Volkspartei vom Reichsfinanzminister Dr. Hermann, die anderen Parlamentarier vom Reichsminister des Außen d. Rosenberg empfangen. Die Reichsminister machten Mitteilung über ihre in letzter Phase zur Reparationsfrage. Im Abschluß davon stand eine Kabinett-

Der bayerische Fasizismus.

Von unserem Münchner Mitarbeiter.

München, 21. Dezember 1922.

Es wäre verfehlt, den Lärm der nationalsozialistischen Agitation für den eigentlichen Inhalt der Bewegung zu nehmen, die, nach dem Sieg Mussolinis, zu Vergleichen mit dem italienischen Fasizismus geradezu herausfordert. Die unter Führung Adolf Hitlers stehenden Scharen sind nur ein Faktor einer vielverzweigten Strömung, die mit den verschiedensten Mitteln ihren Zwecken näherzuholen sucht.

Die deutsche Republik muß heute die Schwäche bauen, die sie, sowohl in ihrer Finanzpolitik wie auch in ihrer politischen Duldsamkeit gegenüber ihren Haupfeinden, gezeigt hat. Die falsche Finanzpolitik hat gerade diejenigen geschont, die heute, nachdem ungeheurem Elend über die arbeitenden Massen, insbesondere aber über den sogenannten Mittelstand, gekommen ist, die Not der Massen gegen die Republik aufzuhalten. Das zeigt sich besonders in Bayern, wo die von bestimmten Gruppen des Schwerkapitals finanzierten Nationalsozialisten es durch skrupellose Demagogie fertiggebracht haben, große Scharen des Kleinbürgertums, die in großer Bedrängnis geratenen kleinen Ladenhaber und Handwerker mit ihrem Anhang an sich zu fesseln.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die eigentlich politisch aktive Gruppe des bayerischen Gegnerstaates durch die Vermittlung der Nationalsozialisten sich eine feste Gesellschaft in weiteren Bevölkerungsschichten zu verschaffen verstanden hat. Noch vor kurzem war die Organisation Adolf Hitlers vollkommen selbständig und stand zu den anderen nationalsozialistischen Gruppen in einem gewissen Gegensatz. Das brautgängige Wesen und die Putschabsichten der Nationalsozialisten waren für diese Gruppen eine Gefahr. Der Aufschub der Aktion vom 11. November ist herbeigeführt worden durch die Eingliederung der nationalsozialistischen Partei in die "Vereinigten Vaterländischen Verbände", die unter Führung des Prof. Dr. Bauer stehen. Die Vereinigung mit ihrem Organ "Heimatland", der ehemaligen Einwohnerwehrzeitung, steht den eigentlichen Mittelpunkt der Bewegung dar. Sie sind hervorgegangen aus der Einwohnerwehr, deren Mitgliedschaft sich nach der Auflösung Stadtschützenvereinen in jenen "Vaterländischen Vereinigungen" zusammengeföhrt.

Die "Vereinigten Vaterländischen Verbände" stellen die Spartenorganisation dar, an die noch und nach alle vorhandenen Organisationen Anschluß finden. So der "Bayerische Ordnungsblock" unter Führung von Dr. Taxis und Bigis, der "Verbund nationalsozialistischer Soldaten", der "Gesamtvorstand nationaler Berufsverbände", "Deutscher Arbeiterbund", der sich sogar ein eigenes Sanktuarium für Oberbayern in München eingerichtet hat; ferner der "Bund Bayern und Reich", der seinerseits wieder eine Spartenorganisation nationalistischer Studentenvereinigungen darstellt. Der "Bund Oberland" ist, infolge der Belehrungen bei der Führung zu dem kommunistischen Abgeordneten Graf, etwas in Tertius gekommen. Die verschiedenen antisemitischen Verbände, wie der "Hochschulring deutscher Art" und der "Deutschvölkische Schutz- und Freibund", die "Thulegesellschaft", die "Eddafreunde" gehören natürlich ebenfalls diesem Kreis an. Die meisten dieser Organisationen haben in Bayern überall Gruppen, die sich in ähnlicher Weise zusammenschließen. Das Ganze bildet einen äußerst weit verzweigten, elastischen Apparat, der seine Wurzeln in allen Teilen des Volkskörper, in alle amtlichen Stellen

eingreift, die sich aber dem "V. L." zufolge nicht mit dem Reparationsproblem beschäftigte.

Der "Volksanzeiger" und der "Vorwärts" wollen wissen, daß die deutschen Vorschläge jetzt nach der Weihnachtsfeier festgestellt werden können. Allerdings sei man laut "Volksanzeiger" im Laufe des gestrigen Tages einen guten Schritt vorwärts gekommen, sobald bereits ein bestimmter Plan erkennen läßt. Der "Vorwärts" will wissen, daß hauptsächlich darüber Differenzen bestünden, welche Summen angeboten werden sollen und welche Garantien zu leisten seien.

Nach der "Deutschen Tageszeitung" sind die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in den letzten Tagen unter sich zusammengetreten, um zu dem vom Reichskanzler vorgelegten Plan Stellung zu nehmen. Sie haben sich auf ein gemeinsames Programm für die auf den 28. Dezember in Aussicht genommene Besprechung geeinigt.

Poincaré verhandelt mit den deutschen Industriellen?

Paris, 22. Dezember.

Wie Havas aus englischer Quelle berichtet, hört man in Washington, in Paris seien Verhandlungen im Gange zwischen Poincaré und gewissen deutschen Industriellen, welche die Möglichkeit zum Gegenstand hätten, sich in der Reparationsfrage an eine amerikanische Kommission zu wenden. Im Staatsdepartement werde von gewissen Persönlichkeiten diese Behauptung entschieden bestritten. Andere erklären, die Verhandlungen seien noch nicht so weit gediehen, daß Verhandlungen möglich seien; und die Nachrichten, nach denen England sich in aller Form mit diesem Projekte einverstanden erklärt habe, seien falsch.

Die große Koalition der Kops- und Handarbeiter.

Die Verhandlungen über einen Zusammenschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund sind in dieser Woche zum Abschluß gekommen. Die freigewerkschaftlichen Verbände werden sich mit ihren Beamtenmitgliedern dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund anschließen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund ist bereit, den Zusammenschluß der noch vorhandenen Konkurrenzorganisationen auf der Grundlage der ADGB und AfA-Bund anzuerkannte Organisationen zu fördern. Weiter hat der ADGB die Verpflichtung übernommen, Neubildungen von Beamtenverbänden oder die Schaffung von Fachgruppen in angegliederten Verbänden weiter vorzunehmen noch zu beginnen, wenn eine der dem ADGB angeschlossenen Organisationen für dieses Organisationsgebiet zuständig ist. Der Zusammenschluß wird voraussichtlich schon am 1. Januar endgültig werden. Die Beamtenzentralen des ADGB und des AfA-Bundes werden, zugunsten des Beamtenbundes, aufgelöst. Der Abschluß des geplanten Kartellvertrages zwischen diesen drei Säulen der freien Gewerkschaftsbewegung steht unmittelbar bevor.

Der Plan hat begonnen, damit zur Wirklichkeit geworden: Die große Masse der deutschen Kops- und Handarbeiter steht, in geschlossener Front, ihren Gegnern gegenüber. Der Zusammenschluß der Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden mit den freien Arbeitern und Angestellten ist Gewicht dafür, daß nunmehr auch in die Beamtenschaft der republikanische Geist eingeht, der unbedingt notwendig ist, um den Bestand der Republik zu sichern. Die Gegenseite, die früher zwischen Arbeiterschaft und Beamtentum bestanden, werden schwunden. In gemeinsamer Arbeit werden sich diese beiden großen

X Staatliche Porzellanmanufaktur Meissen X
Vornehmstes Porzellan für den Speise- und Kaffeetisch — Kunstwerke von Weltreput — Direkter Verkauf an Private X

Gruppen kennen und verstecken lassen. Sie werden einsehen, daß der eine Teil ohne den anderen nichts ist, daß sie aber, zusammengeschlossen, eine ungeheure Macht sind, an der alle Widerstände der wirtschaftlichen und politischen Realität schmelzen müssen.

Impair wieder: Das Problem der Marktstabilisierung.

Schweizerische Bankiers über die Haltung der deutschen Industrie.

Die Schweizerindustrie nimmt bestimmt zu den Reparationsfragen eine Haltung ein, die nicht immer mit der wünschenswerten Deutlichkeit erkennen läßt, daß ihr das Wohl des Vaterlandes wichtiger am Herzen liegt als das eigene Gedränge. Wie ihre „Abteilung“ im Auslande beweist wird, geht folgender Bericht des Schweizerischen Bankvereins, der sich u. a. mit der Stabilisierung der Reichsmark beschäftigt. In dem Bericht heißt es:

„Damit die Stabilisierung der Mark gelingt, muß sie von ganz Deutschland gewünscht und unterführt werden. Aber wenn sie auch auf der einen Seite Regierung, Bürgermeister und andere Vollklassen der Ratsversammlung der Räte für eine gesunden Währung des Wohlstandes, so hat es andererseits den Anschein, als ob ein Teil der Industriellen gegenwärtig jeder Maßnahme zur Stabilisierung feindlich gestimmt sei.“

Der hauptsächlichste Argument besteht darin, daß die Stabilisierung die Industrie beladen, Arbeitslosigkeit herverufen und so Armut und Hungernot nach Deutschland bringen würde.

Allerdings könnte ein Versuch, die Mark zu einem höheren Kursie als beim Reichsbau zu einem höheren Kursie im Lande selbst zu stabilisieren, der deutschen Industrie zum Verhängnis werden. Niemand denkt aber an eine solche ausichtslose Maßnahme. Das gegen steht fest, daß für die normale Entwicklung aller Industriezweige die Räte für eine verhältnismäßig gleichbleibenden Wertmaß unerlässlich ist.

Zu den deutschen Industriellen, deren Guthaben in der Hauptstadt in jedem Devisen und in Schwertern bestehen, aus jeder Marktwertung Rühen ziehen, da die Lohnsteigerung den Kurzschlüssen nur zögern folgt, und daß sie deshalb die heutigen Verhältnisse als in ihrem Interesse liegend begrüßen, ist leicht begreiflich.

Wenn aber diese Industriellen glauben sollten, daß dieses momentane Interesse sich mit dem Deutschland'stadt, dann machen sie sich, denn ein Land von sechzig Millionen Einwohnern kann ohne ein verlässliches Wertmaß nicht bestehen.

Götten sie überdies im Glanzen des jungen Jahr, die anormale Auslastung, die sie den Industrien anderer Ländern infolge der durch die Marktwertung sich ergebenden billigen Geldkosten bereiten, vorzuhören zu können, so täuschen sie sich ebenso, denn Europa wird nicht mehr lange das Opfer eines solchen Dumping sein wollen.“

kleine politische Nachrichten.

* Die Zentrumsfaktion des Reichstages hat, der „Germania“ zufolge, einen Antrag eingebracht, nach der der freien Berufe der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller und Re-

dakteure) dadurch entgegenwirkt werden soll, daß Angehörige dieser Berufe, die eine Familie zu versorgen haben, in geeigneten Verwaltungsstellen, fast der dort übigen unterhaltsamen Industriekräfte, beschäftigt werden, soweit dies ohne Verhältnisstellung anderweit entbehrlich gewordener Bevölkerung geschehen kann.

* Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenrechnung im Auslands-Bau, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist, mit Wirkung vom 25. Dezember, um 1400 W. festgesetzt, werden. Dieses Anrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe noch dem Auslande maßgebend. Näher Auskunft ertheilen die Post- und Telegraphenbehörden.

* Der Bahnhof in Ainsleben ist durch eine 100jährige Bande von Bürgern im Alter von 16 bis 15 Jahren 2 Stunden besetzt worden. Sie waren bis an die Höhe beworfen, zwangen zwei Beamte zum Verlassen des Fahrkartenzimmers und machten sich dann in den Wartebereichen 1. und 2. Klasse breit. Die herbeigehenden Schupo-Beamten drohten sie zunächst mit ihren Waffen. Nach Verhaftung der drei Rädelsführer verschwanden die anderen schweigend.

* Die vier letzten deutschen Kriegsgefangenen, die vor der französischen Regierung und anderen Vollklassen der Ratsversammlung der Räte für eine gesunde Währung des Wohlstandes, so hat es andererseits den Anschein, als ob ein Teil der Industriellen gegenwärtig jeder Maßnahme zur Stabilisierung feindlich gestimmt sei.

Die vier letzten deutschen Kriegsgefangenen, die vor der französischen Regierung und anderen Vollklassen der Ratsversammlung der Räte für eine gesunde Währung des Wohlstandes, so hat es andererseits den Anschein, als ob ein Teil der Industriellen gegenwärtig jeder Maßnahme zur Stabilisierung feindlich gestimmt sei.

* In München ist gestern früh der ehemalige Staatsminister Graf v. Soden im Alter von 78 Jahren gestorben.

Psiu Denbel!

Die Stinkbombe der „Schlesischen Volksstimme“.

Die deutschösterreichische „Schlesische Volksstimme“ meldet läufig die angebliche Verlobung des früheren Reichslandes Württemberg mit einer Frau Selma Guttman und inspierte daran ihrer Zeitungserrichtung entsprechenden Kommentar. Ein Zeitungsblatt, die „Schlesische Volkszeitung“ bat den führenden Kritiker um Aufklärung und erhielt folgende Antwort:

„Im Range meiner Ministerialität und während meiner Königschaft ist es oft meine Tugend gewesen, unsinnige Behauptungen in rechtgerichteten Zeitungen zu widerstreichen. Auf welche antisemitische Hetereien habe ich aber im allgemeinen nicht geantwortet, sondern habe mir gedacht, daß ich von selbst überzeugt werden kann, daß von selbst losläuft. In dem Falle der „Schlesischen Volksstimme“ will ich nunmehr eine Ausnahme machen. Da ich seitdem mit Frau Selma Guttman und die daraus geführten Vermutungen, deren Tendenz nur allzu durchsichtig ist, sind ich erstanden. Das Hinterbrechende der deutschen Räte gegen die Juden wird zu einer Höhe gegen mich ausgewirkt. Man verhöhnt mich beim katholischen Volke zu diskreditieren und wiegt mir beispiellose Indenfeindseligkeit vor. Ich habe Christen wie Juden gerecht behandelt und niemanden seines Glaubens oder seiner politischen Überzeugung wegen bevorzugt oder benachteiligt.“

Die ganze Sache hat selbstverständlich auch eine harte Seite. Die Aussöhnung der „Schlesischen Volksstimme“, daß die Nachricht wie eine Bombe im Gutrat wiesen wird, ist zutreffend. Nur ist die Bombe ungeschickt geworfen, sie hat lediglich im Reichstag beim Rentamt ein großes Gelächter ausgelöst. Im Übrigen ist es richtig, daß ich Junggeselle bin. Das ist sich kein Engstil, sondern berechtigt zur Führung, daß dieser Zustand sich einmal ändern kann. Das letztere ist gar nicht aus-

geschlossen, und wenn ich einmal den Schritt tun würde, den schon so viele andre Junggeselle mit Erfolg getan haben, so hoffe ich damit auch den Erfolg meiner politischen Freunde zu finden.

Mit vorsichtiger Hoffnung und der Hilfe, die antisemitischen Dummheiten der „Schlesischen Volksstimme“ genugend würdig zu wollen, verbleibe ich mit den besten Grüßen Ihr ergebener Wirth.“

Die „Schlesische Volksstimme“ ist überzeugt, wie die „Germania“ mitteilt, wegen Verleumdung des früheren Reichslandes Dr. Wirth und des preußischen Minister des Innern Severing auf vier Monate verboten werden.

Personalabbau bei der Bahn und Post.

Berlin, 23. Dezember.

Im Reichsverkehrsministerium und im Reichspostministerium beschäftigt man sich gegenwärtig mit dem Problem, eine nicht unerhebliche Einschränkung des Personals vorzunehmen, sowohl der Dienstbeamten durchaus nicht gefordert wird. Die zuständigen Hauptbeamten werden bei beiden Behörden demnächst mit den notwendigen Entlassungen beauftragt werden. Wie verlautet, sollen bis zum 1. April nächsten Jahres eine Anzahl Werkstattarbeiter, sowie nicht lebenslänglich angestellte Beamte entlassen werden. Es handelt sich um 6770 Werkstattarbeiter, von denen allerdings 2500 sich im Lehrfahrtverhältnis befinden. Diese Lehrlinge haben zum 1. April ausgetreten. Die Zahl der zu entlassenden Beamten beträgt 13330. Davon werden allerdings 4419 Beamte in die Hinanzverwaltung überführt und 1115 Beamte angewandt, um weitere Anteile der Gehaltskosten zu sparen. So ist es, daß die 65. Lebensjahr überwunden haben. Bei der Entlassung der Beamten soll so verfahren werden, daß in ersten Reihe solche Leute aus dem Dienst entfernt werden, die sich nicht als geeignet, oder den ihnen zugewiesenen Aufgaben nicht gewachsen gezeigt haben, ferner Beamte mit Doppelgehalt und solche, die nicht länger als vier Jahre sich im Dienst befinden. Die Dienstbeamten sollen jedoch dafür Sorge tragen, daß tüchtige Beamte, die sich längst geeignet haben, im Dienst bleiben. Es ist beabsichtigt, den zur Entlassung kommenden Beamten Übergangsgehalt zu gewähren. Weiterhin ist beugiglich des Urlaubs der Beamten eine einschneidende Maßnahme beabsichtigt. Der Reichsverkehrs- und Reichspostminister wollen im kommenden Dienstjahr 1923 sämtlichen Beamtenkategorien den Urlaub um drei Tage verlängern. Welche gewaltige Sparmaßnahmen die Wohlnahme für die Verwaltungen bedeutet, geht aus der Tatsache hervor, daß die Eisenbahn, die etwa eine Million Beamte beschäftigt, durch eine derartige Urlaubsverlängerung bei Will einer Wohlnahme gewinnt, die in Schätzungen umgerechnet, einen Wert von sieben Milliarden Mark repräsentiert. Auch bei der Post sind ähnliche Maßnahmen vorgesehen, doch wird man sich auch hier erst mit dem Reichsminister und dem Hauptbeamtenrat auseinandersetzen.

Gegen diese von den Ministerien geplanten Sparmaßnahmen wenden sich die Gewerkschaften. So hat die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes sich gestern mit der Urlaubs Einschränkung eingehend beschäftigt und ist der Ansicht, daß im Augenblick eine derartige Wohlnahme große Unruhe innerhalb der Beamenschaft erzeugen würde, zumal für die unteren Beamten keine Urlaubsverlängerung, entsprechend der häufig schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen, nicht annehmbar sei.

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

Von R. Herlitz, Kapitän zur See a. D.

Während des Krieges hielt es, die Welthandelsflotte erledigte so gewaltige Verluste, daß noch längere Zeit nach dem Friedensschluß sich starker Mangel an Tonnen fühlbar machen müsse. Und bezüglich der deutschen Kaufahrtsschiffahrt wurde vielfach angenommen, sie würde, infolge des Verfaßter Vertrags, für mindestens ein Jahrzehnt von den Weltmeeren verbannt sein. Die eine Ansicht wie die andere hat sich als irrig erwiesen. Nach Blohm & Voss war der Verlust der Weltflotte lediglich am 30. Juni 1922 34.000 Schiffe mit rund 64 Mill. Brutto-registeredtonnen (mit Schiffen über 100 t geschätzt). Ende Juni 1914 war die Welthandelsflottengesetz 49 Mill. Wie kam es, daß bereits Mitte 1922 15 Mill. t mehr schwammen, als 1914? Wahrscheinlich waren die Misserfolge nicht so erheblich, wie häufig angenommen wird. Sie betragen 13 Mill. t. Außerdem war die Neubautätigkeit während des Krieges und nach dem Kriege enorm groß. Besonders in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Japan wurde, im Vergleich zu Vorkriegszeiten, der Schiffbau mit höherer Energie betrieben. Nordamerika bezog 1914 nur 1,8 Mill. t an Kaufahrtsschiffen, es verfügt jetzt über 13 Mill. t. Schon während des Krieges wurden zahlreiche Handelschiffe verloren gegangen, auf denen der Betrieb rationell, mit größtmöglicher Betriebsparsamkeit, ausgeübt wurde. Analog liegen die Verhältnisse in Japan. 1915 erwischte Japan 60.000 t in fremden Ländern. 1916 lieferte es nur noch, es verlor sie bereits 160.000 t. Die Zahl der Werften stieg im Laufe des Krieges von 9 auf 29. In den letzten Jahren wurden je 700.000 t fortgeschafft.

Die deutsche Handelsflotte büßte durch den Krieg ihren zweiten Platz ein. Sie verlor 1914 über rund 5,5 Mill. t (Großbritannien: 1914 mit 18,8 Mill. t an erster Stelle, 1915 – 19,3 Mill. t). Durch Kriegsverluste und den Vertrag von Versailles sank unsere Kaufahrtsschiffahrt auf einen der letzten Plätze. Gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages (Anhang II, 8. Teil) sollte Deutschland Tonne für Tonne und Klasse für Klasse aller Handelschiffe und Frachtschiffahrzeuge, die den Alliierten durch den Krieg verlorengingen oder beschädigt wurden, Etat leisten, d. h. es müssen sämtliche deutschen Handelschiffe von 1000 Bruttoregistertonnen Größe und darüber, ferner zur gleichen Wohlnahme für die Verwaltungen, die die Wohlnahme für die Verwaltungen bedeutet, geht aus der Tatsache hervor, daß die Eisenbahn, die etwa eine Million Beamte beschäftigt, durch eine derartige Urlaubsverlängerung bei Will einer Wohlnahme gewinnt, die in Schätzungen umgerechnet, einen Wert von sieben Milliarden Mark repräsentiert. Auch bei der Post sind ähnliche Maßnahmen vorgesehen, doch wird man sich auch hier erst mit dem Reichsminister und dem Hauptbeamtenrat auseinandersetzen.

Gegen diese von den Ministerien geplanten Sparmaßnahmen wenden sich die Gewerkschaften. So hat die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes sich gestern mit der Urlaubs Einschränkung eingehend beschäftigt und ist der Ansicht, daß im Augenblick eine derartige Wohlnahme große Unruhe innerhalb der Beamenschaft erzeugen würde, zumal für die unteren Beamten keine Urlaubsverlängerung, entsprechend der häufig schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen, nicht annehmbar sei.

Ähnliche Pläne müssen vor Beginn der Vorstellungen eingenommen werden.

Schauspielhaus. Frau Alice Verdin ist infolge völkerlichen Hinscheidens ihres Gatten zunächst aufzuhören, zu spielen. Insolito eheben muss die für heute, Sonnabend, geplante Eröffnung des Opernspiels. Die Polartreise auf unbestimmte Zeit vertieft werden. Es wird bald dessen nochmal das Weihnachtsmärchen „Der Puppenschuh“ von Anna Scholz gegeben; Anfang 1/2 Uhr. — Weiterhin machen sich folgende Veränderungen des Spielplanes notwendig: Dienstagtag, den 26. Dezember 4 Uhr. Kurzreden am Kreuzhof am 24. Dezember 4 Uhr. Kurzreden am Kreuzhof am 25. Dezember 6 Uhr 20 Min. auf dem Kurfürstplatz, am Rathausbrunnen (nach dem um 6 Uhr beginnenden Wodenfest und dem Turmbauen).

* Katholische Hofkirche. Morgen, Sonntag, vorm. 11 Uhr: Messe (christmässig) von: Sr. Graudate: Ad. de levavi von: Escol. Officium: Rosario von: Weißger. Nach: 11 Uhr: Invocatio: von: Schütz. Messe Domini von: Weißger. Officium: Psalms von: Weißger. Officiale: Pastores von: Weißger. Officium: Hodie Christus (christmässig) von: Weißger. 25. Dezember, vorm. 11 Uhr: Weihnachtswesse von: Weißger. 26. Dezember, vorm. 11 Uhr: Invocatio von: Weißger. Officiale: Pastores von: Weißger. Officium: Salve puer von: Scholz. Anfang 1/2 Uhr. — Weiterhin machen sich folgende Veränderungen des Spielplanes notwendig: Dienstagtag, den 26. Dezember (statt „Polartreise“) „Improvisationen im Juni“; Anfang 1/2 Uhr. Donnerstag, den 28. Dezember (statt „Improvisationen im Juni“) „Der Liebesstein“; Anfang 1/2 Uhr. Sonntag, den 31. Dezember (statt „Polartreise“) „Der Raub der Sabine“; Anfang 1/2 Uhr.

Mit Herrn Bruno Decarli, der in den Jahren 1901 bis 1907 dem Dresdenischen Hoftheater als Mitglied angehört hat und seitdem als Heldendramatiker und Charakterspieler in Berlin erfolgreich tätig gewesen ist, sind Verhandlungen eingeleitet worden, um ihn für das Staatstheater wieder zurückzuholen. Es wird zunächst Anfang nächsten Jahres an zwei Abenden im Schauspielhaus als Gast auftreten.

Die Konzertdirektion der Philharmonie konzerte A und B und der Konzertsaal, welche die fällige Nachzahlung noch nicht geleistet haben, werden aufgefordert, dies nunmehr spätestens Donnerstag, den 28. Dezember, um mittags zwischen 1/2 und 1/2 Uhr, an der Oper abzurechnen zu beweisen oder, falls sie auf ihr Recht verzichten wollen, die Nachzahlungen an diesem Tage gegen Rückzahlung des Preises für die noch ausstehenden drei Konzerte abzuleisten.

Vorlesezeiten. Die nächsten Vorlesewochenende bringen in der Weihnachtswoche vom 26. bis 28. Dezember Aufführungen des englischen „So ein Model“ durch Mitglieder des Konzert- und Alberttheaters.

aus der Kunst des Barometers eine besondere Stärke zeigte. Dann spricht sich aber gerade in diesen Variationen - weil das Welten Regen vielleicht noch in besonders charakteristischer Weise auf, in dem sich, wie Dr. Adolf Spemann in der Einführung zu seinem Mag. Regen - Kreidler (Engelhorns Nach.) feststellt, „imposante Zartheit mit dicker Kraft, melancholischer Zessin mit lebendigstem Humor paßt“. Die bravourös gespielte Hymne kündete wie das Werk, so auch dessen Erfolg.

Wissenschaftliche Nachrichten. Oberregierungsrat Prof. Dr. Paul Schreiber, der Begründer und Organisator des meteorologischen Dienstes in Sachsen, feiert am 23. Dezember sein goldenes Doktorjubiläum.

Aus den Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, Witten, am 24. Dezember, bleiben jährl. ähnliche Sammlungen geschlossen. Am ersten Weihnachtstag sind nur die Skulpturenabteilung und die Museen für Tierkunde und Naturforschung, am zweiten Weihnachtstag ebenso wie die übrigen Sammlungen wie an Sonnabenden geöffnet.

Literarische Berichte. † Wenige Tage nach seinem 61. Geburtstage (17. Dezember) ist in Charlottenburg der wirkliche Chansons und satirische Dichter des modernen Berlin, Leo Leipzig, gestorben. Nach vielen Erfolgen als Romanautor („Baldwus-nus“), Musikenautor und Librettist gründete Leipzig seine satirische Wochenzeit „Der Roman von Berlin“, in der sein Vertreter Berlin in seiner schnellen und bunten Entwicklung begleitete! Es gab Momente, z. B. wie das Odeon, die am Beginn des langen Sommers wundervoll, vom Soloviolone II intonierte Melodie aufnahm – in denen man den Alten anhatte. Überhaupt Bush und die Kapelle in diesen Konzerten – man kann schon sagen, daß ein Kapitel für sich. Nach diesem Werk, das zugleich die „Symphonie“ des Abends erzielte konnte, weil es selber eine solche für Klavier und Orchester darstellt, hörte man noch die Hille-Variationen, die unter Regers Werken immer eine bevorzugte Stellung einnahmen. Einmal ist

die Kapelle des Baritons eine besondere Stärke zeigte. Dann spricht sich aber gerade in diesen Variationen - weil das Welten Regen vielleicht noch in besonders charakteristischer Weise auf, in dem sich, wie Dr. Adolf Spemann in der Einführung zu seinem Mag. Regen - Kreidler (Engelhorns Nach.) feststellt, „imposante Zartheit mit dicker Kraft, melancholischer Zessin mit lebendigstem Humor paßt“. Die bravourös gespielte Hymne kündete wie das Werk, so auch dessen Erfolg.

Galerie Ernst Arnolds. Einzelwerke von Corieth, Dorf, Heldbauer, Hecht, L. v. Hoymann, Koch, Oesterreich, Thümmler, Wohlfeig, E. Rose, Rosenthal, Werner, Schumann und Aquatelle von Schwab, Tschöp, Menzel, Thoma, Uhde. Taglich großes von 9 bis 5 Uhr.

* Der Maler Emil Doepler d. J. ist in Berlin im 68. Lebensjahr gestorben. Er kam im

vorigen Jahre schließlich der besonders als Herausgeber gekürzte Künstler noch dreimaljährig jährlich Tafeln aus dem Werkdepot der Akademie Kunstsammlungen aus.

Musiknachrichten. Chrievspeter in der Kreuzkirche am 24. Dezember 4 Uhr. Kurzreden am Kreuzhof am 25. Dezember 6 Uhr 20 Min. auf dem Kurfürstplatz, am Rathausbrunnen (nach dem um 6 Uhr beginnenden Wodenfest und dem Turmbauen).

* Katholische Hofkirche. Morgen, Sonntag, vorm. 11 Uhr: Messe (christmässig) von: Sr. Graudate: Ad. de levavi von: Escol. Officium: Rosario von: Weißger. Nach: 11 Uhr: Invocatio: von: Schütz. Messe Domini von: Weißger. Officium: Psalms von: Weißger. Officium: Hodie Christus (christmässig) von: Weißger. 25. Dezember, vorm. 11 Uhr: Weihnachtswesse von: Weißger. 26. Dezember, vorm. 11 Uhr: Invocatio von: Weißger. Officiale: Pastores von: Weißger. Officium: Salve puer von: Scholz. Anfang 1/2 Uhr.

— Dr. Pauls Konzerthaus. Der Großmusikalische Palatalka-Orchester (Leitung Dr. Eugen Svercik) gibt am 2. Weihnachtstag 1/2 im Vereinshaus und am 3. Weihnachtstag 1/2 im Logenhaus. — Am 1. und 2. We

1922, erstanden wurden und bis zum 30. Juni 1922 wieder in unsere Hände zurückkehrten. Der Ankauf der Schiffe vollzog sich nach, als der Dollar etwa 300 stand. Man wird bemerken, wieh vorzügliches Geschäft von unseren Schiffahrtsgesellschaften noch bezeichnet werden kann!

Abgesehen vom Ankauf fertiger Schiffe, war es besonders der Schiffsneubau, unter welcher Handelsflotte sich rasch vergrößern konnte. Unsere glänzenden Schiffbaufabrikations, die bisher großenteils für die Kriegsschiffe gearbeitet hatten, waren mit raschem Eifer auf die Herstellung von Handelsfahrzeugen. 1914 waren auf deutschen Wasserten 450 000 Bruttoregistertonnen für Handelszwecke gebaut worden. 1914 bis 1918 ging diese Beschäftigung stark zurück, nämlich 1915 = 201 000, 1916 = 196 000, 1917 = 65 000, 1918 = 38 000. Von 1919 an begann dann wieder der reißende steigende Aufschwung, 1919 = 156 000 (von ihm für ostasiatische Rechnung 130 000), 1920 = 327 000 (84 700 für Ausland), 1921 = 1 714 200 t.

Die gesamte Tonnenzahl der deutschen Kaufschiffeslotten belief sich am 30. Juni 1922 auf 1 618 600 und am 30. September 1923 auf 2 012 500 t. Sie haben also bald die Hälfte unseres Handelsfahrtengeschäfts von 1914 erreicht. (Am 30. Juni 1914 besaß Deutschland 459 296 t.)

Bei diesem glänzenden Ausblick für das Wiederaufkommen unserer Handelsflotte drängen sich zwei Fragen auf: 1. wie steht es um die voraussichtliche Rentabilität unseres Handelsfahrtengeschäfts in der Zukunft und 2. was sagt das und wieviel nicht freundlich gesetztes Ausland zu unserem raschen Aufschwung? — Die Beantwortung der ersten Frage ergibt sich aus dem Folgenden: „Das Überangebot an Schiffstonnage macht sich zurzeit auf der gesamten Welt unangenehm bemerkbar. Die Frachtpreise sinken ansteuernd, manchmal müssen Schiffe aufgelegt (sauer fahrt) werden, besonders auf den englischen und amerikanischen Wasserten sind erhebliche Betriebsbeschränkungen und Arbeitsentlassungen notwendig geworden, die Löhne wurden zunächst erstaunt, u. u. (Aut.: „Denkschrift an die Arbeitenden der ganzen Welt“ — Konferenz zu Genf, April 1922). Solange man in Deutschland noch mit niedrigeren Preisen als in anderen Ländern rechnet, werden unser Schiffbau und unsere Handelsfahrt, auf Grund bürgerlicher Arbeitskraft, im Ausland begehrt sein.

Die zweite Frage wird man geneigt sein, je nach seiner „politischen Orientierung“ zu beantworten. Es gibt immer noch Leute bei uns, die meinen, der Krieg hätte letzten Endes jenen Grund in britischen Handelspoli gehabt. Diesen, d. h. den Aldeutschen und ähnlichen Gesinnungen, empfehle ich, das Studium des Buches „Der verdeckte Wilhelm II.“ Es heißt dort: „Wir kamen ja auf dem Weltmarkt wünschgemäß vorwärts, wir hatten aber nichts zu klagen“. Ein äußerst wer volles Schwindel! So viel ist gewiss: von englischem Handelspoli war nie die Rede — unter verständigen Menschen. Wir würden zu unserem eigenen Schaden den britischen „löniglichen“ Kaufmann unterschätzen, wenn wir glaubten, er wäre von kleinstem Kämmergerist bestellt, wüßte nicht, daß, wenn es dem Konkurrenten gut geht, es ihm auch selbst gut geht, d. h. wüßte nicht, daß gesunder Wettbewerb dem eigenen Handel dienlich ist. „Geänderter Wettbewerb“, auf den kommt es allerdings an! War der Wettbewerb, den wir vor dem Kriege trieben, immer gefund? Wenn sich unsere Wasserten und Meedesten vor unlauterem Wettbewerb in der Zukunft hätten, dann brauchen wir keine Sorge für das fernere Bedürfnis unserer Schiffahrt und unseres Überseehandels zu haben.

Berechtigte Forderungen der Bergarbeiter.

Die Unternehmer verhalten sich ablehnend.

Völkum, 22. Dezember.
Weitere Tagezeitschriften berichteten vor einigen Tagen, daß Lohnverhandlungen für den gesamten Bergbau demnächst stattfinden sollten. Es ist richtig, daß die vier Bergarbeiterverbände bei dem Reichsverband der deutschen Industrie, Fachgruppe Bergbau, am 12. d. R. einen Antrag auf Verhandlung zum Zwecke der Neuvergütung der Löhne gestellt haben. Auf diesen Antrag ging den Verbänden am 22. d. R. von Reichsverband der deutschen Industrie die telegraphische Antwort zu, daß die Bergarbeiterverbände vor dem 10. Januar 1923 nicht zu verhandeln wünschten. Außerdem brachte eine den Unternehmern nachdrückliche Erinnerung unter dem 22. d. R. eine Kritik folgenden Inhalts:

„Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen im Rheinland und Westfalen und die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller haben bei dem Reichsarbeitsminister den entschiedensten und schärfsten Einspruch gegen eine neue Erhöhung der Bergarbeiterlöhne und eine damit notwendig verbundene Kostensteigerung erhoben und dem Reichsarbeitsminister eine Abfuhr dieser Eingabe zugesandt.

Dazu betonen jetzt die vier Bergarbeiterverbände auch dem Reichsarbeitsminister gegenüber, daß sie, infolge der fortgesetzten und weiter fortgesetzten Zunahme auf Lohnverhandlungen noch vor Ablauf des Dezember nicht bereitstehen.

Nichthandwerker als Lokomotivführer.

In der Tagesspreche ist in der letzten Zeit die Befreiung von Nichthandwerkern zum Lokomotivführerdienst als Schädigung der Betriebsicherheit auf den Eisenbahnen angegriffen worden. Zur Darstellung des Sachverhalts sei hierzu folgendes bemerkt:

Rach den früheren Beschränkungen mußte der Lokomotivführer gekannter Schlosser oder Schmied sein. Nachdem, durch Verordnung des Reichsrats vom 18. März 1922, die grundlegenden Beschränkungen über die Beschäftigung von Betriebs- und Polizeibeamten geändert worden waren, hat sich das Reichsverkehrsministerium entschlossen, vorerst versuchswise Nichthandwerker in angemessener Zahl zum Lokomotivführerdiensst heranzuziehen. Es handelt sich also zunächst um einen auf ein bis zwei Jahre beschränkten Versuch, der um so berechtigter erscheint, als auch in anderen Ländern, so in Belgien, Holland und den Vereinigten Staaten vom Lokomotivführer eine handwerksmäßige Vorbildung nicht gefordert wird, ohne daß sich daraus irgendwie Nachteil ergeben sollte. Bei Durchführung des Versuches wird eine scharfe Abstufung unter den zum Lokomotivführerdiensst heranzuhaltenden Lokomotivbeamten erfolgen; es werden nur ältere, mit den Betriebsverhältnissen vertraute Heizer ausgewählt werden, die überdies die praktische und theoretische Lokomotivführerpflanzung ablegen müssen. Vom technischen Standpunkt aus bestehen keine grundsätzlichen Bedenken mehr, die Führung der Lokomotive auch einem Nichthandwerker anzuvertrauen, wenn dieser den dafür erforderlichen Beschäftigungsnotdienst in vollen Umfang erbracht hat; denn die Arbeitsbeschaffungsarbeiten an der Lokomotive werden heute, infolge der größeren Ausmaße und des komplizierteren Baues der Maschinen, im allgemeinen nicht mehr vom Lokomotivpersonal, sondern ganz überwiegend in den Betrieb- und Hauptwerkstätten ausgeführt. Das Lokomotivpersonal kann zwar in die Lage kommen, in einzelnen Fällen plötzlich ausgetretene Schäden auf freie Stelle bestelligen zu müssen, dazu werden aber auch Nichthandwerker imstande sein, die sich während ihrer Heizerfähigkeit als besonders umsichtig und beschäftigt erwiesen und insbesondere schon bei derartigen Ausfallen mitgeholfen oder auch solche bereits selbstständig ausgeführt haben.

Von dem Ergebnis des Versuches wird es abhängen, ob die Verwendung älterer, im Betrieb erprobter Lokomotivbeamten im Führerdienst eine Daueranwendung wird. Die endgültige Regelung ist also erst in 1–2 Jahren zu erwarten.

Massnahmen für die Presse.

Höhere Rückvergütung auf Druckpapier.
Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetzentwurf über Massnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse. Die Abgabe von Holzabfällen der zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlich benötigten Grundstücken Berechtigten soll von $\frac{1}{2}$ auf $\frac{1}{2}$ Proz. erhöht werden. Bei der neuen Erhöhung kann mit einem jährlichen Ertrag von 10,5 Millionen Mark gerechnet werden, sobald bei Verstärkung des Ertrages der Ausfuhrabgabe, monatlich 1275 M. M. für Rückvergütungen an die Zeitung zu verfügen stehen. Bei einem Verbrauch von 15 M. M. Kilo Druckpapier im Monat entfallen danach auf das Kilo Druckpapier 85 M. (bisher 35 M.) Rückvergütung.

Die Arbeitgeber der Forstwirtschaft erhoben gegen diese Verteilung Einspruch, während die Arbeitnehmervertreter, unter Hinweis auf die ungerechtfertigte Preissteigerung des Holzes, eine Erhöhung um 1 Proz. der Abgabe beantragen. Das wurde abgelehnt. Annahme fand ein Antrag Bernhard, der fordert, daß die Rückvergütungslage bis zu 5 Proz. der ihr zugehörigen Beträge abzugrenzen und den in Betracht kommenden Verbänden zur Unterstützung der durch die Not der Presse beschäftigungslos gewordenen Arbeiter, Angestellten oder Medailleure zur Vergütung zu dienen hat. Diese Gelder sollen insbesondere auch verwandt werden, umstellenlos geworbenen Redakteuren den Übergang zu einem andern Berufe zu erleichtern. Mit 10 gegen 6 Stimmen wurde der Entwurf angenommen.

Dem Ausschuß lag zur Begutachtung eine zweite Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Rahmenmaßen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vor. In einem neuen § 16a wird bestimmt, daß die Rückvergütung abzuerklären werden kann, wenn 1. der geforderte Betrag durch Verschulden des Verleger die höchst ist oder 2. der Verleger die ihm nach § 16 obliegenden Pflichten verletzt, oder 3. wegen unlauteren Wettbewerbs verurteilt wird oder 4. vorbildliches Druckpapier zu anderen Zwecken verwendet, insbesondere verkauft. Bei diesem Paragraphen fand ein Antrag Bernhard Annahme, die Rückvergütung auch dann abzuverneinen, wenn der Verleger die tariflichen Verpflichtungen gegen seine Arbeiter, Angestellten und Journalistischen Mitarbeiter nicht erfüllt. Ein einstimmig angenommener Antrag Tarnow erkennt die Unterstützungsberichtigung auch für die öffentlichen Organe der allgemeinen und sozialen Betriebsverhältnisse, sowie sie nicht aus Anzeigen oder anderen Quellen ihrer Geldbörse decken, an. Die so abgedeutete Verordnung wurde, gegen die Stimmen der Arbeitgeber der Hochwirtschaft, angenommen.

Der Präsident der neuen österreichischen Nationalbank.

Wien, 22. Dezember.

Der Nationalrat hat gestern beschlossen, den schweren Finanzminister und seinen Vizepräsidenten der Bodencreditanstalt, Dr. Richard Reit, als Präsidenten der neuen Nationalbank vorzuschlagen. Da die Bank zunächst nicht nur als Notenbank, sondern auch als Tresorbank für die ausländischen Kredite zu arbeiten haben wird, beschäftigt die Bundesregierung der Notenbank für die nächste Zeit die Mittwirkung eines herausragenden Währungssachmannes zu sichern und hat bereits Verhandlungen mit dem Direktor der belgischen Nationalbank, Jahnson, eingeleitet.

Oesterreichische Handelsvertragsverhandlungen.

Wien, 22. Dezember.

Offiziell wird mitgeteilt, daß die Regierung nicht nur die Regierungen der Nachfolgestaaten, sondern auch die der anderen europäischen Staaten, noch Japan die Absicht haben, ihre Großkampfschiffe, die, gemäß dem Washingtoner Abkommen, abgesetzt werden sollen, zu schaffen, solange Frankreich und Italien den Vertrag nicht ratifiziert haben. Andersseits haben jedoch die Vereinigten Staaten und Japan den Vertrag gesäßt, keine neuen Großkampfschiffe auf See zu legen. Im Zusammenhang mit diesem Vertrag macht der Ausschuß des Kongresses darauf aufmerksam, daß eine neue Phase in dem Weltmarkt zwischen den einzelnen Nationen eingesetzt werde, wenn nicht mit großer Verstärkung Maßnahmen zur Beschränkung der Abfassungen ergriffen werden.

Gegen die Flamierung der Genter Universität.

Brüssel, 22. Dezember.

Mehrere tausend Studenten der Universitäten und Hochschulen des Landes demonstrierten heute in den Straßen der Stadt gegen die Annahme des Gesetzes über die Flamierung der Genter Universität. Im Gebäude der Deputiertenkammer kam es zwischen den Demonstranten, welche die Sperrre durchbrechen wollten, und der Polizei zu einem Zusammenstoß, bei dem ein Polizeibeamter und ein Student verletzt wurden. — Der Gesetzesentwurf über die Flamierung der Genter Universität wurde in die Kammer in 2. Lesung mit 89 gegen 85 Stimmen bei 7 Stimmenthalten angenommen.

Lausanner Ergebnisse.

Die ihrem Ende sich zunehmende Orientkonferenz hat, daß man heute schon festgestellt werden, den Engländern in allen wesentlichen Punkten den mit dem bekannten italienischen Geschick vorbereiteten Erfolg gebracht. Die Türkei hat auf das Recht des militärischen Sicherung ihrer Reichshauptstadt und des wichtigen Schiffsverkehrsweges zum Schwarzen Meer verzichtet und den übrigen Mächten, d. h. in erster Linie England, die Hahn freigegeben.

Erschaffen der Widerstand hat gegen die Regelung in den letzten Tagen nur noch geringe Wirkung, und zwar mit der sachlich unanschlagbaren Begründung, daß nur die Anliegerstaaten ein Lebensinteresse an der Meerengenfrage haben und daß die beschäftigte Regelung eine schwere Schädigung der Sicherheit dieser Anliegerstaaten bedeute. In dem großen weltgeschichtlichen Ringen um die Meerengen ist also vorläufig England Sieger geblieben. Die Türkei hat zwar in mancherlei Einzelheiten ihren abweichenenden Standpunkt zum Ausdruck gebracht, es handelt sich hierbei, nach englischer Ausführungsbestimmung, hierher gehört die Frage, ob die Türkei eine Gendarmerie oder eine militärische Besetzung nach Gallipoli legen darf, und die Entscheidung über die blöde im militärischen Sinn befindlichen Inseln am Ausgang des Dardanellen. Der Völkerbund erscheint, und nach den bisherigen Erfahrungen mit Recht, der Türkei völlig ungeeignet, die Sicherheit ihres Landes gegen irgendeinen Angriff zu verbürgen. Über alle diese Dinge wird aber nicht allzu schwer ein Einvernehmen erzielt werden können, nachdem die grundähnliche Lösung so gut wie beschlossen ist. Auch die Minderheitenfragen, so verwirkt sie sind, bieten keine unüberwindlichen Verhandlungshindernisse. Wenn England seine Orientinteressen geschützt haben wird, dürfte die Zeit gekommen sein, auch in Europa, durch Wiederherstellung des Wirtschaftsgleichgewichts auf dem Festlande, Großbritannien wieder seine Position wieder herzustellen. Augenblicklich scheint die Regelung in Lausanne aber gerade die Komplikation für das Gegen teil einer solchen Stabilisierung in Mitteleuropa zu sein.

* * *

Urschitscherin unterzeichnet nicht.

London, 22. Dezember.

Urschitscherin erklärte auf die Frage des Vertreterschafers des „Daily News“, ob er den Lausanner Vertrag auf keinen Fall unterzeichnen werde: „Natürlich nicht!“ Er sagte, die Art, wie die Verhandlungen der Konferenz geführt wurden,

bedeutet eine Unzweckmäßigkeit gegenüber Russland. Die aggressive Haltung der Alliierten gegen Russland sei während der ganzen Zeit beibehalten worden. Solange man auf dem System besteht, das die britische Regierung in dem Vertrage zu erreichen suchte, habe er keine Möglichkeit zu einer ernstlichen Annäherung zwischen den beiden Ländern. Zum Schluß deutete Urschitscherin noch die Bedrohung noch Anerkennung der bolschewistischen Regierung aus.

Zu einem Seitenhieb schreibt „Daily News“, es spreche vieles für eine so zuverlässige Anerkennung der Sovjetregierung. Über die in Genf und Hongkong von den Alliierten getroffenen vernünftigen Bedingungen schreibt Russland immer noch ab.

Marinesekretär Denby über die verzögerte Seeadrüstung.

Washington, 22. Dezember.

Marinesekretär Denby hat dem Kongress einen Bericht unterbreitet, in dem daran hingewiesen wird, daß neben die Vereinigten Staaten, sondern auch die anderen europäischen Staaten, noch Japan die Absicht haben, ihre Großkampfschiffe, die, gemäß dem Washingtoner Abkommen, abgesetzt werden sollen, zu schaffen, solange Frankreich und Italien den Vertrag nicht ratifiziert haben. Andersseits haben jedoch die Vereinigten Staaten und Japan den Vertrag gesäßt, keine neuen Großkampfschiffe auf See zu legen. Im Zusammenhang mit diesem Bericht macht der Ausschuß des Kongresses darauf aufmerksam, daß eine neue Phase in dem Weltmarkt zwischen den einzelnen Nationen eingesetzt werde, wenn nicht mit großer Verstärkung Maßnahmen zur Beschränkung der Abfassungen ergriffen werden.

Neue Unstimmigkeiten zwischen Rom und Belgrad.

Belgrad, 22. Dezember.

Wie die „Tribuna“ aus Rom berichtet, ist der italienische Gesandte beauftragt, zu erklären, Italien werde den Rapallo-Vertrag über die Adria absagen, wenn Südtirolen den Vertrag beim Völkerbund vorsätzlich registriert lassen sollte. Italien würde eine solche Handlungswise außerdem als einen feindlichen Akt ansiehen.

Vor dem Eintritt Griechenlands in die Kleine Entente.

(United Telegraph.)

Lausanne, 22. Dezember.

In Konferenzkreisen wird bekannt, daß, ähnlich der letzten Unterredung des jugoslawischen Außenministers Rintschisch mit Brugge, eine offizielle Verständigung über den Eintritt Griechenlands in die Kleine Entente zustande gekommen sein soll. Nach der Lausanner Konferenz ist eine Konferenz zwischen Griechenland, Rumänien und Venizelos in Belgrad in Aussicht genommen, auf der der offizielle Bevollmächtigte Griechenlands gesäßt werden soll.

Kein neuer Angriff gegen die Türkei.

Wien, 22. Dezember.

Die griechische Regierung veröffentlicht eine offizielle Erklärung, in der besagt wird, daß Griechenland den Frieden wünscht und auch nicht im entferntesten daran denkt, den Krieg gegen die Türkei wieder anzunehmen. Oberst Plakiris, der Chef der griechischen Revolutionstruppe, erklärte, daß Griechenland selbst im Falle eines Abbruchs der Konferenz vollkommen passiv bleibt und keine aggressive Haltung gegenüber der Türkei einzunehmen werde. Griechenland sei davon überzeugt, daß nur der endgültige Friede die notwendige Auskühlung bringt.

Der beleidigte Nationalisten-general.

(Eigene Meldung.)

Warschau, 22. Dezember.

General Haller, der bekannte nationalsozialistische Kämpfer Polens, hat den Abgeordneten Rosiowski und Holmanski seine Gesandtschaft zugefunden. Der Grund dieser Verhandlung ist eine Konferenz zwischen Polen und Rumänien, die in einer Konferenz zwischen Polen, Rumänien und Venizelos in Belgrad in Aussicht genommen, auf der der neue Staatspräsident abgespielt hat. Die beiden Abgeordneten hatten dabei General Haller mit dem ironischen Satz bedankt, wann er den neuen Staatspräsidenten ernennen lassen werde.

Anerkennung Litauens durch die Botschafterkonferenz.

Wie wir von gut unterrichteter Seite hören,

hat die Botschafterkonferenz soeben den litauischen Staat so juro anerkannt. Dieser Schritt der Botschafterkonferenz erfolgte erst so spät, weil Polen mit großer Energie gegen die Anerkennung Litauens als selbständiger Staat mitgearbeitet habe. Es ist zu hoffen, daß nunmehr in letzter Zeit auch die Wilhelmsburg eine gerechte Lösung finden wird.

Die Hungersnot in der Krim.

Rostow, 21. Dezember.

Wie dem „D. L.“ aus Simferopol gemeldet wird, hat die Krim-Kommission zur Liquidierung der Hungersnot schließen, daß infolge Dürrehares und Untergangs der Spezialkulturen die Hungersnot in der Krim sich in diesem Jahre verschärft habe. Die Hälfte der Gesamtbewohner der Krim hungert. Für die nächsten drei Monate verfügt die Hungerkommision nur über 250000 Rub. Gekreidt, was für die Versorgung der Bevölkerung nicht ausreicht. Die Rostower „Pravda“ bringt folgende erschütternde Schilderung des Soz. in Cherson, der ehemals blühenden Hafenstadt: „In der ganzen Stadt herrscht eine drückende Leere. Der Marktplatz liegt verödet da. Viele Straßenläufe verlassener Häuser. Vernagelte Fenster. Zwischen den Pförtchen der alten Straßen sprießt Gras. Die Saatfläche in der Umgebung Chersons beträgt in diesem Jahr nur 30 Proz. der normalen Ausmaße. Die Zahl der Erde ist gegen 1920 um das Doppelte zurückgegangen, der Viehbestand in noch höherem Maße dezimiert. Nur Hilfe von außen kann diese Stadt vor dem völligen Untergang retten.“

Der Kommunismus in Indien

(Eigene Meldung.)

London, 23. Dezember.

Die „Times“ veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über die kommunistische Bewegung in Indien, welche die englischen Behörden mit lebhaftem Begegnis erfüllt. Der indische Kommunistenführer Roy habe dem letzten indischen Nationalkongress in Calcutta ein genau ausgearbeitetes Programm unterbreitet, das die Befreiung Indiens von der englischen Herrschaft durch den Kommunismus zum Ziele hat.

Kleine Auslandsnachrichten.

Belgrad, 22. Dezember.

Im Parlament wurde gestern die Auflösungsverordnung verlesen. Die Neuwahlen sind für den 18. März und die Einberufung der neuen Kammer auf den 16. April angesetzt.

Christiania, 22. Dezember.

Die Zentralleitung der norwegischen Arbeiterpartei (Komintern) hat mit sieben gegen drei Stimmen beschlossen, der Landesverwaltung und der Bundesversammlung vorzuschlagen, die Bedingungen, die auf dem letzten Kongress in Moskau aufgestellt wurden, zu verwerten und die Partei aus der Rostower Internationale abmelden zu lassen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Die heute vorliegende Nr. 83 des Reichsgelehrblattes, Teil I, entält: Ges. zur Abänderung der Gewerbeordnung; Ges. über die privatrechte Verhältnisse von Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbessezung; Ges. bet. Änderung des § 68 der Reichsgerichtsordnung; Zweite Begr. über Erhöhung von Weltkriegsgegenständen in der Unfallversicherung; sowie Zweite Begr. über Erhöhung der Bezüge aus der Unfallfürsorge für Gefangene.

Dresden.

Neuer Straßenbahntarif in Sicht.

Auf Grund der Tarifbestimmungen für die Elbische Straßenbahn, für die Straßenbahnen Linien Laubegast—Niederlößnitz—Kleinzschachwitz und für die Bergbahnen in Loschwitz wird folgendes angeordnet:

Bei Ablauf des 23. Januar 1923 verlieren alle seit dem 13. Dezember d. J. nach den jetzt gültigen Tarifen ausgegebenen und noch in den Verkehr gelangenden unbefestigten Fahrkarten für die Bahnen der Staatsgemeinde Dresden und des sächsischen Staatsfunds sowie für die Linie Loschwitz—Pillnitz ihre Gültigkeit. Wege der bis zum 12. Dezember ausgegebenen und bereits am 4. Dezember gelöschten Karten verbleibt es bei deren Besitz am 4. Januar 1923.

Die neuen Fernsprechgebühren.

Vom 1. Januar 1923 ab verzögert die Befreiung für ein Ortsgespräch 15 M. Ein Monatsmindestbetrag an Ortsgesprächsgebühren wird längst nicht mehr erhoben. Für ein einfaches 3-Minuten-Gespräch sind vom gleichen Zeitpunkt ab zu zahlen: a) im Vorort breitete mit Freital, Hohenau, Pansch und Radeberg 45 M., b) nach Coschütz, Nossen, Kreischa 45 M., c) nach Berlin 300 M., d) nach Leipzig 210 M. Jeder Fernsprechteilnehmer kann seinen Anschluß bis zum 28. d. M. schriftlich auf den 31. Dezember 1922 kündigen.

Oberbürgermeister Blüher sind von der Firma Hermann Spicker & Co. S. m. d. S., hier, 1. Mitt. M. für wohltätige Zwecke im Interesse der Stadt Dresden und 100000 M. für den Ratsauschuss der Deutschen Rotenarmee überwiesen worden.

Der Stadtrat hat um Erlaubnis zur Befreiung des Ratsbausweches auf Flur Bebauungsneustadt nachgefragt.

Das Justizministerium hat den Rechtsanwalt Willibald Oehler zum Notar für Dresden auf so lange Zeit ernannt, als er hier seinen Amteshof haben wird.

Die Hauptstelle Dresden für Berufsbildung ist am 27. d. M. (3. Feiertag) geschlossen.

In letzter Zeit haben mehrere Betriebe angeblich für gemeinnützige oder wohltätige Zwecke Geld gesammelt, den Betrag aber nicht abgeliefert. Allen beratenden Sammlern ist mit Voricht zu begegnen. Sie suchen den durch die Not angespannten Wohlstand des Volkes zu bewältigen zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen. Alle öffentlichen Sammlungen unterliegen behördlicher Genehmigung. Die Sammler müssen einen von staatlichen Fürsorgeamt ausgestellten und abgestempelten Auftritt vorzeigen. Ferner haben sie eine amlich abgestempelte Sammelleiste bei sich zu führen. Im Interesse der Allgemeinheit sind Sammler, die diese Forderungen nicht erfüllen, der zuständigen Polizeiwache anzuzeigen.

In den Blumengeschäften darf der Handel mit frischen Blumen, Kränzen und Gewinden und die Beschäftigung von Schiffern, Schlingern und Arbeitern am 24. Dezember von 11 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm., am 25. Dezember von 11 bis 2 Uhr und am 26. Dezember von 11 bis 1 Uhr stattfinden.

Gehörn nahmstig erhielten im alten Stadtvorordneten-Saal im Beisein sämtlicher Jugendpflegerinnen und des Direktors des Jugendamtes 69 Kleinkinder, die sich um die ihnen anvertrauten Kinder durch besonders jährlinge und liebevolle Besuche verdient gemacht haben, durch Amtsschultheiß Dr. Hauff im Rahmen einer kleinen Weihnachtsfeier ein Anerkennungsschreiben des sächsischen Jugendamtes und eine Geldprämie ausgeteilt. San-Rat Dr. Hauff dankte hierbei den Frauen in warmen Worten für ihre aufopfernde Fürsorge und betonte das Interesse der Stadtverwaltung an Gewinnung und Erhaltung guter Pflegemutter. Zur Auszeichnung der Fehler hatten verschiedene private Wohltäter und Firmen durch Spenden teilgenommen.

In einer Sitzung der Stenographielehrer Dresden ist noch längerer Ausprache einstimmig beschlossen worden, als Honorar für eine Stunde Stenographieunterricht im Dezember mindestens 400 M. zu fordern. Dieser Satz entspricht demjenigen, der zwischen den Direktoren der privaten Handelschulen und dem Rat in Dresden private Handelslehrer und Lehrerinnen als Vergütung für eine Unterrichtsstunde für Dezember d. J. vereinbart worden ist. Er wird künftig von Monat zu Monat nach den jeweiligen Verhältnissen neu festgesetzt.

Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens der Zentrale für Jugendfürsorge beglaubigte eine Abordnung des Auschusses, in Gemeinschaft mit den Sekretärinnen der Zentrale, den Vorsitzenden Pfarrer Mögol, der 20 Jahre ehrenamtlich die Leitung des Werkes geführt und große Erfolge erzielt hat. Der Führer der Abordnung, Ansatzdirektor Piech, überreichte unter herzlichen Worten des Danzes und der Anerkennung eine von den Auschussmitgliedern unter sich gesammelte Spende von 10000 M. Auch vorher hatte eine hier weilende Amerikanerin 50000 M. für das Heim für halbe Kräfte gespendet, sobald auch hier die Schuldenlast geringer geworden ist. Auch in den Weihnachtsspenden, die in reicher Fülle von den Mitgliedern der Zentrale eingehen, drücken sich die Unabhängigkeit und das Gefühl der Mitschuldigung aus. Der Schirmherr ist Dr. Struve, Struvestraße 8, Postfach 1110.

Die Weihnachts-Ausstellung im Landesmuseum (Dresden-N. beim J. L.) ist täglich von 10 bis 1 Uhr (an den Festtagen von 11 bis 1 Uhr) und nachmittags von 5 bis 7 Uhr geöffnet. Mittwoch, den 27. Dezember, findet außerdem noch die letzte Abendfeier von 8 bis 10 Uhr statt. Tausende von Bürgern, jung und alt, haben ihre Weihnachten im Landesmuseum gefeiert. Die Ausstellung währt bis zum 3. Januar.

Die Ortsgruppe Dresden vom Hilfsbund der 1. Kl. steht in einem vertretenen Deutschen verantwortet am 1. Feiertag von 5 bis 11 Uhr im Legenhause, Bismarckstraße 3, zum Besuch ihrer Unterstützungsstelle eine Weihnachtsfeier, verbunden mit Kinderbescherung. Vortragen, Verlosung usw., bei der Gäste und Bürger willkommen sind. Zugleich weist sie alle Interessenten zum Lehrmittel daran hin, daß die Frist zur Übereilung der Entschädigungs- (Verdrängungs-) Gebüche endgültig am 31. Dezember abläuft.

Eine vom Vorstand der Produktionskörperschaft zugunsten der Deutschen Rotenarmee aus Anlaß der Produktionskörperschaften hat sich die gesamte Summe, welche das erfreuliche Ergebnis von 315 700 M. Weiter gingen an größeren Beträgen ein von der Rohstoffabhandlung Spicker & Co. 100 000 M., von M. Salomon 50 000 M., von M. Martin 15 000 M., von Dr. Ferdinand Schoof 10 000 M. Sämtliche besoldete Ratsmitglieder spendeten 10 Proz. ihres Gehaltes. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß das Rathaus Geb. Arnhold Hauptrammstelle des

Ratsausschusses ist, daß es sich aber empfiehlt, um die Organisation der Sammlung nicht zu durchbrechen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Beiträge zunächst an die ihnen von ihren Organisationen angegebenen Zahlstellen abliefern.

Was das ein Raumen und Flüstern gehört abend im Karneval-Gebiet! Mit gespannten Sinnen und weit geöffneten Augen sah eine viertausendjährige Schat von Kindern da und erwartete die Welt, die ihnen nun aufgehen sollte. Direktor Hans Stöck-Saccani feierte das zehnjährige Bestehen seines Instituts. Feierte es, der Zeit entsprechend, ohne großes Aufsehen Empfänge, so unter der jubelnden Bevölkerung, dem Vormonat vergaßt nur noch die Papierindustrie von 21 auf 22, das Holz- und Spannholzwerk von 101 auf 106 und die Gruppe der freien Berufe von 106 auf 122. Seitdem am gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs noch 5347 offene Stellen gemeldet waren, betrug er am Anfang Dezember 1922 nur 2238 gegen 3097 im Anfang November 1922. Eine leichte Steigerung gegenüber dem Vormonat verzeichnete nur noch

die Papierindustrie von 21 auf 22, das Holz- und Spannholzwerk von 101 auf 106 und die Gruppe der freien Berufe von 106 auf 122.

Somit eßtigen Berufsgruppen verzeichneten ein Rückgang der gemeldeten offenen Stellen, so be-

sonders der die Handwerkskunst von 122 auf 445, der ergab von 254 auf 90, die Metallindustrie von 298 auf 282, d. h. Spannholzwerk von 66 auf 60, das Fahrzeugg- und Gemüsegewerbe von 24 auf 16, das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe von 121 auf 86, das Handelsgewerbe von 112 auf 61, die Gruppe für Maschinen, Heizer und Fabrikarbeiter von 48 auf 45, das Handels- und Schankwirtschaft von 125 auf 77 und die Gruppe für sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste von 1024 auf 696.

Desgleichen hat sich die Zahl der Arbeitssuchenden nur in wenigen Berufsgruppen verminder-

te. Sind dies die chemische Industrie mit einem Rückgang gegenüber dem Vormonat von 39 auf 19, das Holz- und Spannholzgewerbe von 364 auf 282, das Verfertigungsgewerbe von 458 auf 340, das Handelsgewerbe von 1072 auf 992, die freien Berufearten von 1191 auf 1170. Fast keine Verschiebung zeigte die Led.-Industrie mit 153 und die länderlich gewerblichen Berufe mit 80 An-

teilnehmenden.

Ein weiteres Anschwellen der Arbeitssuchendenzahl trat in folgenden Berufsgruppen ein: in der Landwirtschaft von 492 auf 509, im Bergbau von 189 auf 34, in der Industrie der Steine und Eisen von 184 auf 276, in der Metallindustrie von 1721 auf 1882, im Spannholzgewerbe von 1825 auf 2330, in der Papierindustrie von 471 auf 568, im Fahrzeugg- und Gemüsegewerbe von 2835 auf 3177, im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe von 817 auf 859, im Baugewerbe von 863 auf 2757, in der Gruppe für Maschinen, Heizer und Fabrikarbeiter von 3809 auf 4564, in der Gas- und Schankwirtschaft von 533 auf 594, in der Gruppe für sonstige Lohnarbeit und häusliche Dienste von 7790 auf 10397.

Am 22. d. M. ist in Ober vogelgesang eine weibliche Leiche gelandet und nach dem Friedhof in Struppen überführt worden. Die Tote ist etwa 24 Jahre alt, 180 cm groß, kräftig und hat dunkelblondes Haar. Die Kleidung besteht in Überzeugung einer schwarzen Bluse, weißen Spitzenkleidern, schwarzen Strümpfen und hohen Schnürschuhen. Das Hemd ist I. S. oder J. S. gekennzeichnet. In den Ohren trägt die Tote schwere Ohrringe in Knorpelform. Sachliche Mitteilungen erhielt die Vermögenszentrale des Landeskriminalamtes Dresden, Schießgasse 7, Zimmer 129.

Die Notgemeinschaft bittet um Gaben für Invaliden, Kleinkinder, Witwen, Waisen.

Aus Sachsen.

Begnadigungen zu Weihnachten.

(N.) Aus Anlaß des Weihnachtsfestes sind im Geschäftsbereiche des Justizministeriums 156 Strafgefangene in Freiheit gelegt worden.

Zur Polizeireform.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit:

(N.) Die neulich kurz gemeldete Errichtung der Staatspolizeiverwaltung bedeutet einen weiteren Schritt in der Durchführung der Polizeireform, deren Ziel bekanntlich dahin geht, soweit als möglich alle staatlichen Polizeikräfte einschließlich der Landesgendarmerie einheitlich zusammenzuführen. Zur Entlastung des Ministeriums mußte eine zentrale Stelle geschaffen werden, die ihm alle Einzelgaben und Einzelfälle auf dem Gebiete der Personalaus- und Gebäudeverwaltung, der Ausbildung, Bekleidung, Verpflegung und Materialbeschaffung der Polizei abnimmt. Diesem Zweck dienen die neue Staatspolizeiverwaltung, in der die bisherige Landespolizeiverwaltung unter völliger Entlastung von jeder Vollzugskraft und die Gendarmerie und unter Berücksichtigung der bestehenden Ortsgruppen sind, durch die Schaffung der neuen Bezirke leinetiel Personenmeinhung verhindert ist. Die neue genaue Bevölkerungsstatistik umfaßt die gesamte polizeiliche Ordnungspolizei (sog. blaue und grüne Polizei), die Landesgendarmerie und unter Berücksichtigung auf ihre besonderen, durch das Landeskriminalamt gehaltenen Interessen auch die gesamte Landeskriminalpolizei. Die Bezirksträume der Staatspolizeiverwaltung befinden sich im vormaligen Residenzschloß. Im Ministerium des Innern werden noch vor anderer der Personalangelegenheiten der Beamten einiger oberer Bevölkerungsgruppen alle allgemeinen und grundlegenden Fragen für alle Polizeizweige bearbeitet.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen im November.

(Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung.)

(N.) Die sächsische Arbeitsmarktlage hat sich im Monat November nicht sehr verschlechtert. Die Wirtschaftskräfte mit ihren bekannten Ursachen drückte im Verein mit der sonst geringen Jahreszeit unvermindert auch auf die Lage des Arbeitsmarktes. Das im Vergleich mit demselben Zeitpunkt des Vorjahrs bisher noch günstige Verhältnis der Arbeitssuchendenzahl hat sich jetzt verschoben.

(Eingesandt.)

Steckenpferd Seife

die beste lilienviolette Seife für zarteste Haut 2178

Landeswetterwarte. (23. Dezember)

Dresden: Höhe 110 m. Min. 0,5. Max. 5,0.

Riedelhof: 0,0. Temperatur: 4,5. Schnee: —

Wohndorf: —. Temperatur: 3,6.

Schne: —. Temperatur: 4,5. Schnee: —. Temperatur: 3,6.

Wolfsburg: 0,2. Temperatur: 3,5. Schnee: —. Temperatur: 2,7.

Hinselberg: 1213. Min. —.5. Max. —.5.

Schne: —. Temperatur: 2,7. Temperatur: 2,7.

Wolfsburg: 165 em. Temperatur: 2,7. Temperatur: 2,7.

</div

Amtlicher Teil.

Genehmigte Sammlungen und genehmigter Betrieb von Gegenständen.

Name des Unternehmers	Sitz	Wohlfahrtszweck	Betrieb und Zeit	Genehmigungsbehörde
Stadtrat	Treuen	Sammlung zugunsten der wohlfühlenden Bevölkerung	Stadtbezirk bis Ende Dezember 1922	Kreishauptm. Bautzen
Schreberverein	Leipzig-Lindenau	Sammlung zur Unterstützung bedürftiger Kinder	Stadtteile Leipzig-Lindenau, Leipzig-Burgwitz bis Ende Dezember	Kreishauptm. Leipzig
Güthenverein	Dohna	Sammlung zugunsten der sozialen Gemeindepflege des Gustav Adolf-Vereins und der Heldenmission	Kreisgemeindebezirk bis Ende Dezember 1922	Kreishauptm. Dresden
Vereinigung ehem. 1922	Dresden	Sammlung zur Errichtung eines Kriegerdenkmals durch Veröffentlichung von Aufzügen in den Dresdner Tageszeitungen und Versendung von Werbeschreiben	Freistaat Sachsen bis 31. Dezember 1923	Ministerium des Innern
Ausführungsausschuss betr. Kriegsschulfrage	Dresden	Sammlung zugunsten seiner Vereinigungen durch Veröffentlichung von Aufzügen und Werbeschreiben	in Sachsen bis 30. Juni 1923	Ministerium des Innern

Dresden, den 22. Dezember 1922. 459 d IV L [8654] Ministerium des Innern.

Die Landgemeinde Liegau (Amtsh. Dresden-N.) führt Rüstia unter dem Namen „Liegau-Rüstia“.

Dresden, 20. Dez. 1922. Ministerium des Innern.

Prüfungsgebühren im Kraftfahrzeugverkehr.

In der Bekanntmachung vom 30. November d. J. (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 1035) hat der Reichsverkehrsminister auf Grund des § 2 der Verordnung über Prüfungsgebühren im Kraftfahrtverkehr vom 6. Mai 1922 (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 187) unter Aufhebung seiner Bekanntmachung vom 23. Oktober d. J. (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 1003) folgende Änderungen in den Gebühren festgesetzt, die den Sachverständigen zugeschen: [762a I V.] 8603

- a) für die Prüfung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrtzugfahrzeugen (Anlage A Biffer XIV und Anlage B Biffer IX) zur Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910, Reichsgesetzbl. S. 389) 9900 vom Hundert,
 - b) für die Prüfung von Fahrschülern, Lehrwagen und Lehrlingen (Biffer X der Anlage zur Verordnung, betreffend die Ausbildung von Kraftfahrtzugfahrzeugen, vom 1. März 1921, Reichsgesetzbl. S. 212) 1400 vom Hundert.
- Dresden, 21. Dez. 1922. Ministerium des Innern.
- Für bakteriologische und serologische Untersuchungen durch die Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden und das Pathologisch-serologische Institut des Krankenhaus Zwickau werden unter Abänderung der Höhe der Bekanntmachung vom 13. Oktober 1922, 2060 IV M. (Sächs. Staatszeitung Nr. 242 vom 15. Oktober 1922, IV Bl. S. 368), vom 1. Januar 1923 ab folgende Gebühren erhoben:

- 1. für Blutuntersuchungen nach Waffermann 250–600 M.
 - 2. Abwurfs (Sputum) 100–200 .
 - 3. Diphtherie 100–200 .
 - 4. Stuhl, bakteriologisch 100–200 .
 - 5. Urin, bakteriologisch 100–200 .
 - 6. Stuhl u. Urin, bakteriologisch 150–300 .
 - 7. Bakteriologische Untersuchungen auf Typhus oder Ruhr nach Wulff 100–200 .
 - 8. Stuhl, Urin und Blutuntersuchung 200–400 .
 - 9. Gonokolpen 100–300 .
- Im übrigen bleiben die Bestimmungen der obengenannten Bekanntmachung vom 13. Oktober 1922, 2060 IV M. in Kraft. 2423 IV M. 8555 Dresden, 22. Dez. 1922. Ministerium des Innern.

Berjammlungsverbot.

Auf Grund von § 14, Ab. 1 des Gesetzes zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 (RGBl. S. 555) sind Berjammlungen und Aufzüge der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in München innerst als Sachens verboten worden. 156 II A II 8557

Die Polizeibehörden werden angewiesen, die Vorstände der in Sachsen bestehenden Ortsgruppen hierauf unter Bezugnahme auf § 19, Ab. 1 des genannten Gesetzes besonders hinzuweisen.

Dresden, 23. Dez. 1922. Ministerium des Innern.

Auf Grund von § 6a der Bekanntmachung zum Tarif der Mietern vom 23. September 1918 (RGBl. S. 1135) in der Fassung der Reichsverordnung vom 22. Juni 1919 (RGBl. S. 591) und der Gesetz vom 11. Mai 1920 (RGBl. S. 949) und vom 28. Juni 1922 (RGBl. S. 529) wird mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums für die Gemeinden Zschopau, Sörnewitz b. Meißen, Göppersdorf bei Burgstädt, Pöhlau, Rosien, Seifersdorf, Lehnitz, Seifersdorf bei Freiberg, Marienberg, Böhlen, Frohburg, Adorf i. S., Niederschönfeld bei Rosien, Zirbesdorf, Reuth bei Pauen i. B., Balla i. S., und Schönau bei Wilden i. S. angeordnet, dass die Vollstreckung von Urteilen und von Vergleichen, soweit es sich um Mietumzug ermittelte Wohnungen handelt, nur mit Zustimmung des zuständigen Einigungsamts zulässig ist.

Bezeichnende Anordnung wird für die Gemeinden Thum, Schwarzenberg, Brand-Erbisdorf und Höhndorf bei Lehnitzstein auf ermittelte Mietumzug aller Art ausgestellt.

Die Zustimmung muss erzielt werden, wenn der Schuldner mit der Mietzinszahlung schuldhafte Weise in Bezug oder für ihn ein anderes Unternehmen beschäftigt ist. LWA IV 2962 k Dresden, am 23. Dezember 1922. 8547 Ministerium des Innern, Landeswohnmöglichkeiten.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 805 und 842 der Reichsversicherungsordnung wird der nach Abhebung des Genossenschaftsvorstandes vom Reichsversicherungsb-

amt für die Zeit vom 1. Januar 1923 bis auf weiteres festgesetzte „Reise Nachtrag zum Prämienzettel der Genossenschaft für die Reichsversicherung der Fahrzeug- und Reittier-Haltungen vom 2. Dezember 1921“ nachstehend bekanntgemacht.

Berlin, den 16. Dezember 1922.

Das Reichsversicherungsamt,

Abteilung für Unfallversicherung.

Dr. Kaufmann. 8608

Reise Nachtrag zum Prämienzettel der Genossenschaft für die Reichsversicherung der Fahrzeug- und Reittier-Haltungen vom 2. Dezember 1921.

Die Höhe der Mindestprämie werden, wie folgt, geändert:

statt 24,— sind 300 M. und

• M. 6.— 75 M. zu erheben.

Die neuen Höhe gelten vom 1. Januar 1923 bis auf weiteres.

Schluss.

Gelegetheit gemäß § 804 der Reichsversicherungsordnung.

Berlin, den 16. Dezember 1922.

Das Reichsversicherungsamt,

Abteilung für Unfallversicherung.

(L.S.) Dr. Kaufmann.

Auf Blatt 8653 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden die Firma „Ela-Motorenwerke“ vorm. Coloman Batty Aktiengesellschaft in Chemnitz (Döbelner Str. 63). Der Gesellschaftervertrag ist am 10. April und 22. Mai 1922 abgeschlossen. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Betrieb der unter der Firma „Sächsische Präzisionsmaschinenfabrik Coloman Batty“ betriebenen Maschinenfabrik sowie der Betrieb aller verwandten Industrien und Gewerbe. Die Gesellschaft ist beugt, sich an gleichartigen Unternehmungen in jeder geleglich zulässigen Form zu beteiligen. Sie ist auch berechtigt, Zweigstellen niederzulassen und Zweigfabriken zu errichten und zu betreiben. Das Grundkapital beträgt zehn Millionen Mark; es zerfällt in 10000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark. Die Ausgabe der Aktien erfolgt zum Nominalwert.

Der Vorstand besteht nach der Bestimmung des Aufsichtsrats aus einem oder mehreren Mitgliedern (Vierteljahren), die vom Aufsichtsrat bestellt werden. Besitz der Vorstand auf einer Person, so wird die Gesellschaft durch diese allein vertreten. Besitz der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglied und einen Prokuristen vertreten. Im Vorstandsmittel sind bestellt der Kaufmann Monstedt und der Oberingenieur Franz Nebler in Chemnitz.

Eine ordentliche Generalversammlung wird durch den Vorstand, eine außerordentliche durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat durch einmalige öffentliche Bekanntmachung berufen. Die Bekanntmachungen müssen 20 Tage vor dem Versammlungstag, den Tag der Bekanntmachung und den der Versammlung nicht mitgerechnet, erscheinen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger und zwar einmal, wenn nicht das Gegeht mehrmalige Bekanntmachung vorschreibt.

Die Gründer der Gesellschaft, die bei der Gründung der Gesellschaft sämtliche Aktien übernommen haben, sind: Fabrikdirektor Coloman Joseph Batty, der Inhaber des bisher unter der Firma „Sächsische Präzisionsmaschinenfabrik Coloman Batty“ in Chemnitz betriebenen Handelsgebiets. Sie verkaufen dieses Geschäft mit sämtlichen Aktiven und Passiven und dem Recht zur Fortführung der Firma nach dem Stande der Bilanz vom 26. November 1921 (ann. bei Gericht eingetragen) einschließlich erworbenen Patents und der Befreiung der Firma Batty ein. Friede Batty ein Recht, eingetragen; die Miete beträgt für die Zeit bis zum 31. März 1923 monatlich 1000 Mark. Für die Folgezeit unterliegt der Mietzins jährlicher Bereinigung. Außerdem erhalten Frau Batty und Carl Batty die Befreiung für die Villa in Dresden-Loschwitz 850000 Mark. Für die letztere wird der Witwe Friede Batty ein Recht, eingetragen; die Miete beträgt für die Zeit bis zum 31. März 1923 monatlich 1000 Mark. Für die Folgezeit unterliegt der Mietzins jährlicher Bereinigung. Außerdem erhalten Frau Batty und Carl Batty die Befreiung für die Villa und zwar hintereinander und bergsteigt, doch Frau Batty um 10 % billiger erwerben kann als ein anderer regulärer Kaufscheinhaber, während Carl Batty nur zu dem mit dem anderen vereinbarten Kaufpreis das Befreiungsrecht aufzuwenden kann. Die mit dem Eigentum an der Villa verbundenen Rechte und Verpflichtungen einschließlich einer etwa an das Wohnungsamt zu zahlenden Entschädigung gehen auf die AG über. Endlich hat die AG Frau Batty für ihren persönlichen Bedarf ein Auto im Werte bis zu 20000 Mark oder auf ihren Wunsch an Stelle des Wagens diesen Betrag zur Verfügung zu stellen. Das gekaufte Handelsgeschäft gilt vom 26. November 1921 ab für die Rechnung der AG. Die Miete für die Villa und für Carl Batty und Friede Batty verpflichtet sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten. Die Mietgrunder Friede Batty, der Boer u. B. Kloie sind Geschäftsführer der Firma Batty & Co. Göppert, Paul Batty und Friede Batty verpflichten sich, alle laufenden Dienst-, Miete-, Vicenz-, Uefungs- und sonstigen Verträge vorzulegen und haben dafür einzutreten, dass die Verträge, soweit sie durch die AG übernommen sind, von den Befreiungen eine ordnungsgemäße Erfüllung erhalten.

Bücherbesprechungen.

* Für die geistige Entwicklung der Menschheit ist nichts charakteristischer als ihre Stellung zu der sie umgebenden Natur. Solange der Mensch noch in mittelalterlicher Gedankenheit lag, hatte er keine Beziehungen zu ihr; er nahm sie auf, ohne daß sie auf ihn einen stärkeren Eindruck hinterließ, es sei denn der des Entsegens und des Abscheus, wie ihn der mittelalterliche Ketzende vor der grandiosen, ihm bedrohlichen Macht der Alpen empfand. Erst in dem Augenblide, wo der Einzelne sich von den Gemeinschaften löste, sich selbst als soziallich bedingt empfand, entstand das Naturgefühl, das am Ende in den folgenden Jahrhunderten ständig anwuchs. Bastian Schmidt zeigt das ganz vorzüglich in seinem lehrreichen Buch: Naturbetrachtung, das ausgewählte Zegle aus Werken der Dichtung, Wissenschaft und Philosophie seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert enthält (Verlag Röhl u. Co. in München 374 S.). Es entsteht damit ein farbenprächtiges Bild, das nicht nur auf Deutschland beschränkt bleibt. Indesten zeigt es sich, daß gerade unseres Volks eine besondere Gabe dazu eignet, was nicht zuletzt mit den pantheistischen Streubungen zusammenhängt. Nur ist einem Punkt hier der Verfaßter; das moderne Naturgefühl geht nicht erst mit Rousseau ein, sondern beginnt mit Petrarca, als er den Menschen besiegt. Für eine Neuauflage wäre diese Entwicklungslinie zu vervollständigen. Natürlich sind Ausstellungen bei einer Anthologie mühselig zu machen; aber erst der wird die Arbeitserfolg Schmidt voll ermessen, wer selbst einmal an eine ähnliche Aufgabe sich gewagt hat. Indesten waren für eine autonome Aufgabe neben den Romantikern vor allen Dingen Goethe, Dostoevsky und aus neuerer Zeit Fontane und G. Hauptmann mit seinem "Geschichtlichen Schriftsteller" nicht zu übersehen; dafür konnte Platz z. B. bei Stifter gewonnen werden. Ebenso wäre eine genauere Angabe des Grundwertes wünschenswert.

Habt Ihr schon für die deutsche Notgemeinschaft gegeben?

Sparkasse: Lausa bei Dresden. **Girokasse:** Errichtung mindelicher Sparvereinlagenkonten; Eröffnung von Girokontos; Einlagen zu täglicher Verfügung und Verzinsung; Zinsfuß nach Vereinbarung; Bargeldlose Überweisung nach allen Orten Deutschlands, evtl. durch Einüberweisung; Einsicht von Platzausweisungen, Schecks und Wechseln; An- u. Verkauf ausländischer Zahlungsmittel; Gewährung von Krediten; Darlehen auf Schuldenschein usw.
Geschäftskontakt: Gemeindeamt, Königstraße 77. **Geschäftszeit:** Sommer wie Winter Montag bis Freitag 9—1 Uhr vorm. Sonnabends 9 bis 12 Uhr vorm. 8240
Fernsprecher: Amt Hermsdorf Nr. 26. **Postcheckkonto:** Dresden Nr. 5496.

Radeberger Pilsner

wieder auf alter Höhe

281

Sächsische Staatszeitung
Einzelne Nummern 20 Mark
in Dresden-L. in der Geschäftsstelle Große Zwingerstraße 16,
beim Bahnhofsbuchhändler im Hauptbahnhof, Prager Straße 44 und Friedrichstraße (Seelehrbüchlein).

Sächsische Holzversteigerungsergebnisse.

Kreishauptmannschaft	Revier	Tag	Menge Fm	Holzart und Form	Preis je Fm in Mark					
					bis 12 c	13-15 c	16-22 c	23-29 c	30-36 c	37 u. m.
Schwarzenberg	Eibenstock	14. 12.	78	Stichte Kloß	45899	53390	69818	—	—	—
"	Sosa	14. 12.	100	Stichte Kloß	—	53570	45511	—	—	—
"	Carlsfeld	14. 12.	259	Stichte Kloß	53102	68554	70341	78346	86868	—
Dresden-L.	Spechthausen	20. 12.	15	Stichte Stamm	—	39504	—	—	—	—
"	"	"	8	Stichte Kloß	44534	—	—	—	—	—

Um Rüttelung von Versteigerungsgerüsten an Postmeister Ranft, Dresden-L., Striesener Straße 10, wird erachtet.

Verwaltungsassistent Kirchberg Sa.

Das Ausschreiben der Stelle hat sich erledigt.

Beamtenanwärter, in allen Verwaltungsämtern gut vorgebildet, an selbständigen Arbeiten gewöhnt, flotte Stenograph und Maschinenschreiber, sofort geachtet. Besoldung dienstlich nach Gr. V. Drsll. B. Bewerbung mit Zeugnisschriften bis 31. Dezember 1922 erbeten. 8542 Mittweida, 21. Dez. 1922. Der Gemeinderat.

An der hiesigen **ständige Lehrerstelle** baldigst zu besetzen. Ottell. B. Sammlungswettbewerb in Aussicht. Bewerbungen mit Unterlagen bis 5. Januar 1923 erbeten. Hohenstein (Bez. Chemnitz), 21. Dez. 1922. Der Gemeindevorstand.

Jüngerer Verwaltungsassistent für allgemeine Verwaltung und Standesamt für mögl. sofort, spätestens jedoch für 1. Febr. 1923 gesucht. Gr. V. Drsll. C. Gehalts durchaus erfahrener Bewerber bis 5. Januar 1923 erh. 18475 Grünhainichen, am 20. Dezember 1922.

Der Gemeindevorstand.

2 Assistenten sofort gesucht. Bedienung: Verantwortlichkeit in allen Verwaltungs- u. Kostenarbeiten einer mittleren Verwaltung, an gewissenhaftes, selbständiges Arbeiten gewohnt. Sich in der Bedienung von Schreibmaschinen (Grobäcker), der Bedienung der Schreibmaschine (Kontinental und Ideal), sicherer Rechner, schöne Handschrift. Besoldung nach Gr. V. Drsll. B. Aufstufungsmöglichkeit nach Gr. VI vorhanden. Bewerbungen mit Zeugnisschriften werden bis 10. Januar 1923 erbeten. 8643 Möhrsdorf (Bez. Chemnitz), 29. Dez. 1922. Der Gemeinderat.

Pelzmodenhaus Höhle
Dresden-A. Meissen
Bismarckplatz 1a
Tel. 21971
Leipzig, Nicolaistr. 12-14 Tel. 6761

Hermann Höhle
Dresden-A. Bismarckplatz 1a
direkt am Hauptbahnhof
Preiswerteste Bezugsquelle für Pelzwaren aller Art

Deutsche Ton- und Steinzeug-Werke

Aktiengesellschaft in Charlottenburg. Auf Grund des von der Zulassungsstelle genehmigten, bei uns erhältlichen Prospektes sind nunmehr M. 3900000.— neue Stammaktien Nr. 31767—35666 obiger Gesellschaft an der hiesigen Börse zum Börsenhandel zugelassen. Berlin, im Dezember 1922. 8544

Gebr. Arnhold. Arons & Walter.

CENTRAL-THEATER**Weihnachtsmärchen „Die Märchenblume“**

nachmittags 3 Uhr 8488 am 23., 27., 28., 29., 30. Dezember 1922.

Gemäß § 244 H.B.G. machen wir das Ausschreiben des Herrn Generalpost- u. A. Alfred Guttmann in Dresden aus unserem Aussichterat bekannt. Eingetragen sind die vom Betriebsrat entlassenen Herren Paulmann und Arthur Baumann und Albert Städte, beide her. 8566 Dresden, 21. Dez. 1922. Sächsische Bodencreditanstalt.

Die Genossenschaft Oberschlesischer Bauerverein zu Löbau i. Sa. ist am 17. März 1921 aufgelöst und die Auflösung in das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Löbau i. Sa. eingetragen worden. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden. Bitte, 18. Dez. 1922. Dr. Vorsteher des Oberschlesischen Bauervereins zu Löbau. Jentsch.

**HAMBURG-AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES INC**

Nach NORD-, ZENTRAL- UND SUD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung überdeutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Spül- und Rauchsal. Erstklassige Salons- u. Kajütendampfer

Etwas wöchentliche Abfahrten von

HAMBURG NACH NEW YORK

EISENBAHNAFTHARTKARTEN zu Schalterpreisen. Zusammenhängende Fahrscheinkarte für das In- und Ausland

SCHLAFWAGENPLÄTZE

Bettkarten für deutsche und für internationale Schlafwagen

REISEGEPÄCKVERSICHERUNG

ohne Zeiterlust zu günstigen Bedingungen, auch für Obersee

LUFTVERKEHR

Rundflüge, Reklameflüge, Briefe und Paketbeförderung

Ankünfte und Durchsichten durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG und deren Vertreter ist:

Bautzen: Ernst Sembdner, Töpfersstr. 21

Chemnitz: Alfred Blank, Langestraße 25

Dresden: Emil Höck, Mosaiskystr. 7, u. Pira. Platz (Chemn. Bankverein).

Dresdner Handelsbank

Gegr. 1873 A.-G. Gegr. 1873

Dresden

Ostra-Allee 9/11

Eliasplatz 3 - Kaiserstraße 11 - Johannisstraße 8

Stadt. Vieh- u. Schlachthof - Grossmarkthalle

Zweigniederlassung Bautzen

Theatergasse 8

2551

Hermann Schulz,

Kommanditgesellschaft

Bankhaus

Dresden - A.

Schreiberstraße 12

Vergebt die Taubblinden nicht!

Sammelstellen für Weihnachtsgaben!

Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden-Vaal, Landesbank Sachsen Dresden und Dresden-Loschwitz, Vittoriastr. 20.

Frau General v. Hagen, Hilf. v. Weber.

**„TRIOLIN“**

Der idealste Fußboden-Belag
Der vollkommenste Tisch-Belag

„DER FUSSBODEN-BELAG DER ZUKUNFT“

Grosso-Lager **Korb & Co.**
DRESDEN - A.

Frauenstraße 2a (Herzfeldhaus.)

6528

Familienanmeldungen.

Verlobt: Dr. Dr. Herbert Häuber in Leipzig mit Hel. Ruth Kappes in Dresden; Dr. Walter Kind mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

Dr. Walter Lause mit Gr. Margarete Rudolph in Dresden;

<p

Dresden.

Dresden's Gemeindehandbuch.

Infolge der immer weiter fortgeschrittenen Geldentwertung sind seit dem 1. November zum Haushaltplan der Stadt Dresden vom 28. September 1922 so gewaltige Ausgaben erforderlich geworden, daß ein weiterer Nachtrag aufgestellt werden mußte, falls nicht jeder Übertrag über die gemeindliche Finanzierung verloren gehen soll. Allein für Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeitnehmer hatte sich bis Ende November ein Gesamtmebbedarf von 1.861.767.246 Mark ergeben. Ferner sind bei fast allen sachlichen Ausgaben so gewaltige Steigerungen eingetreten, daß auch die für Oktober, November und Dezember bereits erfolgten Bevollmächtigungen von 196 Mill. M. bei weitem nicht ausreichen werden. Es wird mit einem Gesamtbudget von 2.823.616.559 M. gerechnet. Zur teilweisen Deckung dieses Mehrbedarfs dient zunächst der Mehrbeitrag des vom Reich für 1922 in Höhe von 80 Proz. zu erwartende Zusatzsumme zu den in dem Gesamtbedarf enthaltenen Mehrbedarfsbeträgen. Immerhin bleiben dann noch 1.633.611.559 M. ungedeckt. Für die Deckung des Bedarfs kommen nach Schätzung des Steueramts folgende Mehrerträge aus: Steuer in Beträcht. Für das Jahr 1920 kommt der Anteil der Stadt Dresden an der Reichseinkommen- und Kapitalertragssteuer auf rund 150 Millionen Mark veranschlagt werden. Bei Aufstellung des Haushaltspauschalwerts für 1922 stand zu erwarten, daß dieser Anteil für 1921 sich wesentlich höher stellen würde. Nach der Steigerung der Steuerabzüge der Beamten der Gruppen IV bis VII des Befolgsplanes und der Arbeitnehmer wurde damit gerechnet, daß das Entnommeneinkommen für 1921 insgesamt 750 Mill. M. und der Anteil der Stadt Dresden nach 1% des Auskommens rund 260 Mill. M. betragen würde. Inzwischen sind die Veranlagungen für 1921 in der Hauptstrecke beendet worden. Hierzu stellen sich das Soll der veranlagten Steuerpflichtigen und die Steuerabzüge der Arbeitnehmer auf nur 615.452.483 M. Die Ursache des Zurückbleibens dieses Betrages hinter den veranschlagten Summen ist darauf zurückzuführen, daß die jettirente Geltungswertung wohl bei den Steuerabzügen der Arbeitnehmer sofort in Erscheinung kommt, weil jede Erhöhung des Arbeitseinkommens auch die Steuerabzüge erhöht, nicht aber im gleichen Maße bei der Veranlagung der Handels- und Gewerbetreibenden, weiter, daß das Einkommen aus Grund und Boden durch die gefürchtete Niederkaltung der Mieten andauernd zurückblieben und daß Einkommen aus Kapitalerträgen nicht oder nur wenig entsprechend den Geltungswerten gestiegen sind. Für 1922 kann aber infolge des in verhältnismäßig hohem Maße fortwährenden Niederganges des Geschäftes auf ein wesentlich höheres Soll gegen über dem für 1921 gerechnet werden. Nach Be rücksichtigung der Abfälle ist der Anteil der Stadt Dresden an den Erträgen der Einkommensteuer zu rund 1.1 Milliarde M. zu veranschlagen (840 Mill. Mark mehr wie im Haushaltspauschalwert vorgesehen). Mit erheblich höheren Erträgen wird auch gerechnet bei der Umlaufsteuer 25 Mill. (mehr 10 Mill.), bei der Grundwertheuer 15 1/2 Mill. (mehr 8.850.000 M.), bei der Auswuchssteuer 33 Mill. (mehr 8 Mill.), bei der Vergnügungssteuer 80 Mill. (mehr 64 Mill.), bei der Gewerbeabgabe 55.200.000 M. (mehr 25.200.000 M.) und bei der Werbungsteuer 50 Mill. (mehr 44.600.000 M.). Auf diese Weise können insgesamt 1.022.650.000 M. Mehreinnahmen vorgenommen werden, so daß immer noch 610.966.559 M. ungedeckt bleiben. Abgesehen davon, daß mit der Erhöhung höherer Gemeindeabzüge zur Gewerbeabgabe und zur Grundsteuer gerechnet werden kann, will man auf eine weitere Erhöhung der städtischen Einnahmen (städtische Steuern, Mieten, Gebühren, Verpfle gung, Schulgeld usw.) und auf die unbedingt notwendige Erhöhung höherer Übernahmen bei den städtischen Betrieben hinauskommen. Der Einfluß der

bisher in dieser Richtung getroffenen Maßnahmen läßt sich zuletzt in seiner Welle ziemlichzeitig ermitteln, da das Besserwerden fortwährend im Flusse sich befindet. Infolgedessen müssen sich die höchsten Kollegen die Entscheidung über die Deckung des sich noch ergebenden Mehrbedarfs vorbehalten.

* Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Tschechen hatte sich zur Aufgabe gestellt, den Kindern der Gewerkschaften eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. 43 Kinder und zwei ältere Freunde — unter letzteren ein gelähmter Mann, der im Fahrtstuhl von den Samaritern aus der Wohnung geholt und wieder zurückgeholten wurde — waren zu einer einfachen Weihnachtsfeier in Saal der Deutschen Lüche versammelt, um mit warmer Speise und Trank bewirtet zu werden. Auch Reichtum legte außerdem jedem ein kleines Weihnachtsgeschenk auf den Platz. Die Verzierung war ein ehrendes Zeugnis für die Arbeiter-Samariter-Kolonne. Anerkennung und Dank sei auch an dieser Stelle gesagt.

* Eine unerhoffte große Weihnachtsfreude wurde armen Kindern der 49. Volksschule in der Tieckistraße gezeigt. Fünfzig Mädchen erhielten von einem hochherzigen Manne die Summe von 150.000 M., die noch weit über 100 Tschechen kamen für weitere bedürftige Schüler sammeln. Der Spender war ein Auslandsdeutsch, der Bürgermeister von Tschechien, Dr. Lutz; einer flüchtigen Begegnung mit dem In-Mädchenlosse, die im Kreis auf der Rückseite von einem Schulabzug im Eisenbahntunnel auf der Straße Königstein-Dresden mit dem Geschenkgeber zusammengetroffen war, war der Einschluß des warmherzigen Mannes entstanden, den Kindern eine Weihnachtsfreude zu bereiten. In einer himmungewölbten Freiheit händigte er den beglückten Kindern unter herzlichen bewegten Worten die reiche Gabe ein, die er mit Tschechen Freunden für die Dresdner Kinder gesammelt. Lehrer und die Eltern der Freiwilligen wohnten der Feier bei, in der Oberlehrer Lehmkell im Namen der Kinder und der Schule und Logionrat v. d. Deden im Namen der Eltern dankte.

Aus Sachsen.
Offene Stellen für Lehrer.

Zwei Stühle, Lehrerstellen in Soja, Dräsl, C. Goss; Oberste Schulbehörde, Wohnungen vorh. Ges. bis zum 15. Jan. 1923 an den Bezirksschulrat zu Schwanzenberg.

Der Sturz der Tschechen-Krone.

Über die Begleitererscheinungen des inzwischen schon wieder zum Stillstand gekommenen Sturzes der Tschechoslowakischen Krone mag ein Warndorfer Mitarbeiter der „Dörfner Morgenzeitung“ interessante Feststellungen. Dennoch hat der Sturm fast augenblicklich die Grenze hermetisch abgeriegelt, da er das Kaufen in Deutschland in achtzig von hundert Fällen von selbst verbietet. Das hätte aber zur Folge, daß der „goldene“ Sonntag für die Geschäftsführer, wie allgemein verichtet wurde, höchstens ausfällt als jemals, und der Montag, wo die Krone nur mit 140 bis 130 M. bewertet wird, direkt ein schwarter Tag erster Übung wird.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die tschechoslowakischen Grenzenwohner alle noch eine kleine Rente, und wenn es fünf- oder sechstausend Mark, besitzen, die sie billig erworben haben, mit denen sie also ruhig weiter einfallen könnten. Hält der Tiefstand der Krone aber auch nur wenige Tage an, so würden diese Reserven ausgebrannt sein. Bei einem Kurs von 150 für die Krone ist so gut wie nichts mehr „drüber“ zu kaufen. Im Gegenteil, die Umstände sind gegeben, daß bei solcher Parität bald

die Krone umgedreht fahren und der Schmuggel von der Tschechoslowakei nach „drüber“ einzehen würde. Es ist bereits Tatsache, daß in den letzten Tagen, ganz ohne Rücksicht auf gute oder schlechte Markt, nur bedingt durch die bessere Qualität, Mehl nach Sachsen gegangen ist und weiter geht. Aber auch Schafe sind ein Kriterium, der den Schmuggel in umgedrehter Weise bereits lohnend macht.

Alles in allem: Es zeigt sich, daß die Tschechoslowakei gar nicht mehr über den Montagstags zu fallen braucht, und verschiedene Mittel schaffen für die „Souveränität“ aus, womit sich von selbst die „Souveränität“ nach Sachsen verbreiten wird. Dann würde mit einem Schlag erreicht, was Grenzpersonenatiker schon lange angestrebt haben.

Wochenbericht des Landesberichts für Arbeitsvermittlung.

19. bis 16. Dezember 1922.

(N.) Das Gesamtbild der tschechischen Arbeitsmarktlage hat sich auch in der Vorwoche weiter zu seinen Ungunsten verschoben. Die Zahl der Arbeitssuchenden verzeichnete einen weiteren Zuwang, während in der Zahl der gemeldeten Stellen ein Rückgang erfolgte und demzufolge auch eine Verminderung in der Zahl der bewirkten Vermittlungen. Die letzteren erfolgten hauptsächlich in Ausbildungsstellen, wie ja bekanntlich jedes Jahr vor dem Weihnachtsfest Anforderungen in diese Stellen ausbleiben. Durch Entlassungen wurde namentlich der Arbeitsmarkt für weibliche Kräfte betroffen. Das Stellenangebot und die Vermittlungsbefähigung in der Landwirtschaft ist der Jahreszeit entsprechend weiter zurückgegangen. Im jährlichen Bergbau hielten sich die Vermittlungen in den gewöhnlichen Grenzen. Die feinsteimische sowie die Glas-, Eisen- und Porzellanindustrie blieb voll beschäftigt. In der Metallindustrie blieb der Beschäftigungsgrad beständig. Im Spannungs- und Spannungsverarbeitungsbereich wurde wieder eine entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen für männliche Kräfte vorgenommen. Im Buchbindergewerbe blieb der Beschäftigungsgrad für männliche Kräfte günstiger als für weibliche. In der ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes für Männer und Frauen ließ sich keine Veränderung erkennen. Das Holzgewerbe ist im Augenblick noch voll beschäftigt. Im Fahrzeugs- und Maschinenbau wurde eine entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen für männliche Kräfte geschlossen; monatlich ist der Höhe einer Arbeitsstunde von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und 1/2 Proz. des Monatsgehaltes von Beamten und Angestellten zugestellt worden.

Reinhardtsdorf. Der Stadtrat hat die Gründung einer Siedlungsverein „Döbeln“ will trocken der phantastischen Preise für Bau- und Wohnmaterialien angehoben der hier herrschenden großen Wohnungsmangel mit dem Bau von Siedlungshäusern auf städtischem Gelände sofort beginnen. Zur Verbilligung der Bauposten werden zum größten Teil Mitglieder, die von Beruf Maurer und Zimmerleute sind, mithelfen. Die Überhaupten werden als Anteil vom Verein geringgeschätzt.

Schneeberg. In einer von Bürgermeister Dr. Kleberg einberufenen und geleiteten Versammlung ist die Gründung einer Rotgemeinschaft zur Elektrifizierung für Sozial- und Kleinrentner und sonstige Bedürftige beschlossen worden; monatlich ist der Höhe einer Arbeitsstunde von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und 1/2 Proz. des Monatsgehaltes von Beamten und Angestellten zugestellt worden.

Kreisgräbendorf. Der Stadtrat hat die Einführung einer Brauhaussteuer und einer Übernahmesteuer wegen der zu erwartenden geringen Erträge und des hohen Einzelhandelsaufwands abgelehnt; ebenso eine vom Kreisbauernverein erbetene anderweitige Heilung der Hundertjährige für die Reichsmiete, die gegenwärtig 400 betragen, da man sie völlig den örtlichen Verhältnissen entsprechend hält und auch erst die Entscheidung der Kreishauptmannschaft auf die vom genannten Verein gegen die Höhe der Zuflüsse für die Reichsmiete erhobene Belehrung abwarten will.

Kirchberg. In der Stadtvorordnetenversammlung teilte der Vorsteher mit, daß ein Spend von der Stadt über 800.000 M. für Zwecke der Kirchbaumförderung geschafft habe. Das Ergebnis über Erzielung einer Baulandbaubausgabe wurde dem 3. Stimmen genehmigt. Dem Vorsteher des Vorsteher, nach Genehmigung des Dr. Dr. J. J. die Wahl eines befreiten Aushilfs zu vorgenommen, der über Besteuerung und Ertrag der Steuer zu entscheiden hätte, wurde zugestimmt. Die Kreisbaumwirtschaft hat die beidhöflichen Hundertjährige für die Reichsmietenzugabe von 330 auf 300 erhöht, das Kreisgefecht für Kirchberg aber nicht geahnt, sondern in die Regelung im Wege der Baulandmiete vorgeschlagen. Man stimmt dem zu.

Frankenberg (Sa.). Der in Amerika lebende Ehrenbürger der Stadt Fabrikant August

Kakao
Deutschmeister
Wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Auhorn A.-G., Dresden

Vorrätig in
den meisten
Spezial-, Deli-
katesse-, Ko-
lonialwaren-
Geschäften u.
Konditoreien.

ich auch noch immer die Überzeugung habe, daß Sie sich selbst täuschen.“

Albert begann mit hoher Stimme zu sprechen. Er verschwieg nichts. Von der Begegnung Rochus Winkler und Gerda im Kirchhof, den Briefen, von ihrem Stolz, wie sie hören, daß gerade Rochus der Jüngste die Firma übernommen, von der Begegnung im Kaffee und endlich von dem Konzert im Attohof.

Er verschwieg auch nicht, daß Rochus schon damals bei jener Gesellschaft beim Direktor Fresenius von seiner Liebe zu Gerda gesprochen, und daß sie es darum um so weniger verstanden, daß gerade er ihre Notlage annahm, und endlich von der letzten Liebeserklärung im Hotel in Danzig.

Schweigend hatte der Justizrat zugehört, und nun war auch er ernst geworden.

„Irgend ist mir vieles klar. Nun weiß ich, daß Rochus Winkler von vornherein die Firma eben deswegen übernahm, um Sie Ihnen zu retten. Nun weiß ich auch, warum Rochus bis heute unvermählt blieb, obgleich es der dringendste Wunsch seiner Eltern war, daß eine Tochter zu wählen.“

„Jetzt sehen Sie auch, warum wir nicht anders können, als abzulehnen.“

„Sie haben vielleicht nicht Unrecht. Sie glauben, daß Herr Winkler in erster Linie durch die Liebe zu Ihrer Schwester veranlaßt wurde zu handeln, wie er es tat, und Ihre Schwester erwidert diese Liebe nicht. Sie scheuen Sie sich, das Geschenk anzunehmen, da Ihre Schwester sich außerhalb fühlt, auch seinen Herzengewünsch zu erfüllen, und Ihre Schwester ist eine zu vornehme Natur, als daß sie es über sich gebracht hätte, einen Mann ohne Liebe zu heiraten. Von diesem Gesichtspunkte allerdings —“

Albert war aufgestanden und ging im Zimmer auf und nieder. Er kämpfte mit sich selbst, dann aber blieb er mit einem Entschluß stehen.

„Herr Justizrat, ich muß Ihnen auch das leiste-

hen, aber nicht wahr, ich habe Ihr Wort, daß Sie von dem, was ich Ihnen jetzt enthüle, keinen Gebrauch machen, denn ich begegne vielleicht einen Vertrauensbruch an dem liebsten Wesen, das ich auf der Welt begegne.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

„Meine Schwester liebt Rochus Winkler und hat ihn von jeher geliebt. Eben deshalb fühlt sie sich so bitter enttäuscht.“

Der Justizrat sah ihn gespannt an.

